



Haushalts- und Finanzausschuss

19. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

14. März 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 19:05 Uhr;

19:10 Uhr bis 20:20 Uhr

Vorsitz: Christian Möbius (CDU)

Protokoll: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur heutigen Tagesordnung

7

(Zu Änderungen der Tagesordnung siehe auch Seite 53)

1 Gesetz zur Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1286

Ausschussprotokoll 16/160 (öffentliche Anhörung)

Vorlage 16/745

¹ vertraulicher Teil mit TOP 16 siehe vAPr 16/9

Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen und der Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und FDP, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/1286** anzunehmen.

2 Kostenentwicklung im Landeshaushalt 2013 durch Einführung des neuen Rundfunkbeitrags für jedes einzelne Ressort 9

Bericht der Landesregierung

Nach kurzer Erörterung des Beratungsverfahrens wird vereinbart, den Punkt in der nächsten Sitzung noch einmal aufzurufen.

3 Noch nicht genehmigte über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 2011 10

Vorlage 16/728

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten, die in Vorlage 16/728 aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben **zu genehmigen**.

4 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2013 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2013 – GFG 2013) 13

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1402

Beschlussempfehlung und Bericht zur zweiten Lesung
Drucksache 16/2117

Schlussberatung und Abstimmung zur dritten Lesung

Der Ausschuss **nimmt** den **Änderungsantrag** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen (s. *Drucksache 16/2301, Seite 5*) mit den Stimmen der SPD und der Grünen

gegen die Stimmen der CDU und der FDP bei Enthaltung der Piraten **an**.

In der Schlussabstimmung **empfiehlt** der HFA dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung Drucksache 16/1402 mit der soeben beschlossenen Änderung **anzunehmen**.

5 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013) 17

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400

Beschlussempfehlungen und Berichte zur zweiten Lesung
Drucksachen 16/2100 bis 16/2107, 16/2109 bis 16/2115, 16/2120 und 16/2121

Vorlagen 16/720, 16/731, 16/737 und 16/750

Schlussberatung und Abstimmung zur dritten Lesung

Allgemeine Beratung 17

(a) Konsequenzen des Tarifabschlusses 17

(b) Risikovorsorge WestLB/Portigon und EAA 20

(c) Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushaltsentwurf 26

(d) Urteil des Verfassungsgerichts vom 12. März 2013 35

Abstimmungen über die Änderungsanträge 40

(Alle in der heutigen Sitzung gestellten Änderungsanträge mit Begründung sowie die Abstimmungsergebnisse sind dem Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/2300 zu entnehmen. In diesem Protokoll sind nur die darüber hinausgehenden Wortbeiträge wiedergegeben.)

Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung 40

Haushaltsgesetz	40
Einzelplan 02: Ministerpräsidentin	41
Einzelplan 03: Ministerium für Inneres und Kommunales	42
Einzelplan 04: Justizministerium	43
Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung	44
Einzelplan 07: Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport	44
Einzelplan 09: Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr	45
Einzelplan 10: Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Verbraucherschutz	46
Einzelplan 11: Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales	49
Einzelplan 12: Finanzministerium	50
Einzelplan 14: Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk	51
Schlussabstimmungen	52

Mit den Stimmen aller Fraktionen **fasst** der Ausschuss den auf Seite 4 des Ausschussberichts Drucksache 16/2300 wiedergegebenen **Bereinigungsbeschluss**.

Der **Schlusssummenantrag** (*siehe auch Ausschussbericht Drucksache 16/2300, Seite 163*) wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion **angenommen**.

Der HFA **empfiehlt** dem Landtag in der **Gesamtabstimmung** mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten, den **Haushaltsgesetzentwurf** und den Haushaltsplan **Drucksache 16/1400** in der Fassung der zuvor angenommenen Änderungsanträge **anzunehmen**.

6 Zustimmung des Landtag Nordrhein-Westfalen gemäß § 64 Abs. 2 LHO zur Veräußerung von Liegenschaften des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB NRW)

– bebautes Grundstück in Leverkusen –

54

Vorlage 16/740

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU, der Grünen und der FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion, in die **Veräußerung** des Grundstücks **einzuwilligen**.

9 Bettensteuer erneut vor Gericht gescheitert – Landesregierung muss Genehmigungen zur Erhebung der Bettensteuer zurücknehmen

55

Antrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 16/2123

Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss für Kommunalpolitik mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion, den **Antrag abzulehnen**.

15 THTR 300 Hamm-Uentrop

56

Sachstandsbericht der Landesregierung
(vgl. Vorlage 16/460)

Die von der Piratenfraktion aufgeworfenen Fragen werden von den zuständigen Vertretern des Finanz- und des Wirtschaftsministeriums, soweit möglich, beantwortet und sollen im Übrigen so bald wie möglich schriftlich beantwortet werden.

7 Portigon AG**66**

Sachstandsbericht der Landesregierung
Vorlage 16/748

In Verbindung mit:**13 Outsourcing-Programme CHRONOS und XENON für die Beschäftigten der früheren WestLB: Konzeption, Realisierung, Zeitplan sowie quantitative und qualitative Aspekte des berechtigten Teilnehmerkreises**

Vorlage 16/749

Es ergibt sich eine längere Aussprache, in der Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans zu den aufgeworfenen Fragen Stellung nimmt.

* * *

5 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400

Beschlussempfehlungen und Berichte zur zweiten Lesung
Drucksachen 16/2100 bis 16/2107, 16/2109 bis 16/2115, 16/2120 und 16/2121

Vorlagen 16/720, 16/731, 16/737 und 16/750

Schlussberatung und Abstimmung zur dritten Lesung

Allgemeine Beratung

(a) Konsequenzen des Tarifabschlusses

Ralf Witzel (FDP) bittet den Finanzminister, zu dem in den letzten Tagen erfolgten Tarifabschluss und den daraus folgenden Konsequenzen Stellung zu nehmen. Im Haushaltsentwurf seien ja Verstärkungsmittel im Einzelplan 20 vorgesehen. Die Frage sei zum einen, ob die Planungen mit dem Tarifabschluss in Einklang zu bringen seien, ob also die Ansätze realistisch gewesen seien. Zum anderen interessiere ihn, in welchem Umfang das Ergebnis auch für den Bereich der Beamten gelten solle und welche gesetzlichen Vorlagen dazu zu erwarten seien.

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) legt dar, der Tarifabschluss sei das Ergebnis schwieriger Verhandlungen mit der Ausgangsforderung nach 6,5 % mehr Gehalt, wobei nicht von vornherein klar gewesen sei, dass sich diese Forderung möglicherweise auf zwei Jahre erstrecke. Die Verhandlungspartner aufseiten der TdL hätten das Ergebnis von 2,65 % für 2013 und 2,95 % für 2014 erzielt.

Dieser Abschluss tue weh – nicht weil er keine Vorsorge getroffen hätte, sondern weil er im Vergleich zum Vorjahr zusätzliche Aufwendungen von 144 Millionen € für 2013 und 165 Millionen € für 2014 erfordere, und zwar allein für die Tarifbeschäftigten unmittelbar beim Land und bei den Hochschulen. Wenn man die Uni-Kliniken hinzunehme, liege der Betrag für 2013 sogar bei 177 Millionen €.

Was daraus folgen müsse, sei abzuwägen an der Linie, dass das Land auf dem Weg der Konsolidierung bis 2020 noch globale Minderausgaben ausfüllen müsse. Er habe immer gesagt, dass man sich bei einem Haushalt, der zu 40 % aus Personalausgaben bestehe, ansehen müsse, was man bei Sachausgaben und Fördermitteln einsparen könne, dass man am Ende aber nicht nur dort sparen und die Personalausgaben unverändert lassen könne.

Die Landesregierung berate zurzeit über die Frage, wie das Tarifiergebnis in einer verantwortbaren Haushaltsaufstellung mit den beschriebenen Rahmenbedingungen

in Einklang zu bringen sei. Dem Ergebnis wolle er nicht vorgreifen. Sobald er Konkretes sagen könne, werde er das tun, und dann werde man daraus auch ableiten können, was das für die Überleitung auf den Beamtenbereich bedeute.

Ralf Witzel (FDP) würde erstens interessieren, mit welchem Vorschlag der Finanzminister denn in die Beratungen des Kabinetts hineingehe, und zweitens, zu welchem Zeitpunkt er mit einer Entscheidung des Kabinetts rechne.

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) bestätigt, dass er eine Vorstellung habe und diese in einer Kabinettsitzung auch bereits geäußert habe. Das Kabinett werde zeitnah eine gemeinsame Vorstellung zustande bringen.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) wüsste gern, was eine Eins-zu-eins-Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamten des Landes und der Kommunen in den Jahren 2013 und 2014 kosten würde.

Wenn man eine Eins-zu-eins-Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamten unterstellen würde, bedeutete das nach Angaben von **Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM)** Einkommenssteigerungen für die Beamten von 448 Millionen € im Jahre 2013 und 511 Millionen € im Jahre 2014. Das wären zusätzliche Personalausgaben von insgesamt 592 Millionen € im Jahre 2013 und rund 675 Millionen € im Jahre 2014.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) fragt den Finanzminister, ob er sich an folgende Aussage, die er dem DGB Ende 2011 geschrieben habe, gebunden fühle:

„Sie wissen, dass die Landesregierung bereits mehrfach verkündet hat, Beamte, Richter, Staatsanwälte und Versorgungsempfänger zukünftig nicht weiter von der Lohnentwicklung abzukoppeln. Dazu gehört, dass gute Arbeit angemessen bezahlt wird.“

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) antwortet, er habe vor dem Abschluss der Tarifverhandlungen mit der Steuer-Gewerkschaft, mit dem Beamtenbund sowie mit ver.di und DGB wiederholt über das Thema gesprochen. Seine klare Position sei immer gewesen, dass man einerseits darauf achten müsse, für die Tätigkeiten im Landesdienst auch interessante Arbeitsplätze anbieten zu können, dass man andererseits das, was man jetzt abschließe, aber auch an dem Weg messen müsse, den man gemeinsam in Richtung Schuldenbremse zu gehen habe. Vor dem Hintergrund werde die Landesregierung ein Ergebnis erarbeiten, das er dem Landtag präsentieren und auch mit den Vertretern der Arbeitnehmerschaft diskutieren werde.

Ralf Witzel (FDP) fragt Minister Walter-Borjans, ob sein Hinweis auf eine „zeitnahe“ Entscheidung der Landesregierung heiße, dass zum Zeitpunkt der Haushaltsverabschiedung in der nächsten Woche Klarheit darüber bestehen werde.

Weiter wüsste er gerne, ob der Minister ausschließen könne, dass im Finanzministerium Szenarien gerechnet worden seien, die davon ausgingen, das Ergebnis der Tarifverhandlungen erst zu einem späteren Zeitpunkt auf die Beamtenschaft zu übertragen, und ob es Überlegungen bzw. Berechnungen des Hauses gebe, zu Einschnitten bei den Pensionen zu kommen.

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) legt dar, in den letzten Tagen und Wochen sei alles Mögliche zum Gegenstand von Spekulationen gemacht worden, die er zum Teil ganz amüsant finde. Sein Bestreben sei, bis zur Schlussberatung des Haushalts zu einer Entscheidung zu kommen und damit Klarheit zu schaffen. Im Übrigen erwarte er, dass sein Haus in einer Zeit, in der er mit seinen Kabinettkollegen über verschiedene Möglichkeiten diskutierte, professionelle Berechnungen anstelle, um zu allem, worüber das Kabinett berate, jederzeit Auskünfte erteilen zu können. Daraus würde er aber keinerlei Spekulationen ableiten.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) erinnert den Finanzminister noch einmal an das vorhin vorgetragene Zitat. Wenn die Aussage nach wie vor gelte, stelle sich die Frage, ob es nicht angemessen gewesen wäre, als Land NRW im Hinblick auf den Weg zur Schuldenbremse schon bei den Verhandlungen der TdL härter aufzutreten. Er meine, dass man nicht auf die Idee kommen sollte, die Beschäftigten gegeneinander auszuspielen. Die Erfahrungen aller Regierungen der letzten Jahrzehnte zeigten seines Erachtens, dass das Auseinanderdriften der Gehaltsstrukturen zwischen Tarifbeschäftigten und Beamten wie auch zwischen den Bediensteten der Kommunen und des Landes für den Arbeitgeber „öffentlicher Dienst“ nicht hilfreich sei.

Auf den Zuruf von **Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)**, dass Finanzminister Linssen seinerzeit nicht eins zu eins umgesetzt habe, erwidert **Dr. Marcus Optendrenk (CDU)**, es habe einmal Streit darüber gegeben, ob ein Abschlag von 20 € an einer Stelle noch eine Eins-zu-eins-Übertragung sei oder nicht. Im Übrigen sei unter Finanzminister Linssen das Tarifiergebnis eins zu eins übertragen worden.

Der Redner bittet den Minister noch einmal, dazu Stellung zu nehmen, ob er nicht auf die Verhandlungen der TdL hätte anders Einfluss nehmen können bzw. dem Tarifabschluss hätte nicht zustimmen sollen, wenn die sichtbare Gefahr bestehe, dass der Abschluss nicht ins Gefüge passe, wenn man eine Entkoppelung zwischen Tarifbeschäftigten und Beamten nicht wolle.

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) stellt fest, dass er der Verhandlungskommission nicht angehört habe. Es habe aber eine enge Rückkopplung mit vielen Kolleginnen und Kollegen und auch mit ihm als Finanzminister des bevölkerungsreichsten stattgefunden. In diesen Gesprächen könne man nicht anderen etwas vorschreiben, sondern man stimme sich ab.

Wenn das Tarifiergebnis eins zu eins übertragen werde, werde die Opposition sagen, eine solche Ausgabenerhöhung sei bei der Haushaltslage verantwortungslos. Wenn keine Eins-zu-eins-Übertragung erfolge, werde sie es als verantwortungslos be-

zeichnen, die Tarifbeschäftigten und die Beamten voneinander abzukoppeln. Dass jede Entscheidung Anlass zur Kritik bieten werde, sei ihm bewusst.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) stellt fest, Finanzminister Linssen habe mindestens einmal – nach seiner Erinnerung 2007 – die Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamten um sechs Monate verschoben und auf diese Weise 230 Millionen € eingespart. Darauf habe er bei seinem Zwischenruf hinweisen wollen.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) bittet um Auskunft, ob der Minister möglicherweise darüber nachdenke, bei der Übertragung des Tarifiergebnisses eine Differenzierung nach Besoldungsstufen bzw. Laufbahngruppen vorzunehmen und ob so etwas unter verfassungs- bzw. beamtenrechtlichen Aspekten zulässig wäre. In der Vergangenheit sei das ja immer wieder einmal geprüft worden – etwa beim Weihnachtsgeld –, aber im Hinblick auf eine mögliche Kollision mit den Grundsätzen des Artikels 33 des Grundgesetzes nur in sehr engen Grenzen für zulässig erachtet worden.

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) macht nochmals deutlich, dass über seine Vorstellungen dort beraten werde, wo es hingehöre, nämlich im Kabinett. – Richtig sei, dass seinerzeit bei der Abschmelzung des Weihnachtsgeldes nach Besoldungsstufen gestaffelt worden sei. Die Sonderzuwendung betrage heute nur noch zwischen 22 und 70 % eines Monatsgehaltes, je nach Besoldungsstufe.

Die Landesregierung berate vor dem Hintergrund des Tarifiergebnisses darüber, wie eine vertretbare und allen Ansprüchen so gut wie möglich gerecht werdende Lösung am Ende aussehen könne.

(b) Risikovorsorge WestLB/Portigon und EAA

(Wortprotokoll auf Wunsch der Piratenfraktion)

Ralf Witzel (FDP): Vor den Beratungen der Einzelkapitel wollte ich noch eine Frage stellen, die wir in diesem Haushaltsberatungsverfahren bereits viermal gestellt haben, zunächst beim Berichterstattergespräch, dann zweimal im Ausschuss und einmal im Plenum, die aus unserer Sicht sehr wichtig ist für die Frage des Zeitpunktes des Erreichens der Schuldenbremse, die sich bislang noch nicht klären ließ und zu der Sie, Herr Minister, heute vielleicht etwas sagen können, nachdem Sie in der letzten Sitzung nicht persönlich anwesend sein konnten.

Wir sind überzeugt, dass den Gesetzgeber der Handlungsspielraum in der mittelfristigen Finanzplanung interessieren muss, und zwar bei allen politischen Entscheidungen, die er zu treffen hat. Ob man sich zum Beispiel Beitragsfreiheit bei der Kita und beim Studium leisten kann oder nicht – das alles sind Fragen, die vom Handlungsrahmen der mittelfristigen Finanzplanung abhängen. Gibt es nach den Erkenntnissen, die heute vorliegen, möglicherweise Belastungen aus früheren Taten, sprich Schrottpapier-Portfolio Phoenix, die über die 5-Milliarden-€-Garantie hinausgehen?

Wir sind beim Berichterstattergespräch darauf hingewiesen worden, dass es für den Jahresabschluss 2012 in den nächsten Wochen noch Feststellungen gibt und deshalb noch keine Ergebnisse vorliegen. Deshalb haben wir in die letzte verfügbare Quelle hineingeschaut, nämlich in den letzten veröffentlichten Abschluss von Phoenix Light SPV, Irland, des Jahres zuvor. Darin sind, basierend auf der Fair-Value-Berechnungsmethode, weit höhere Milliardenrisiken ausgewiesen als die, die durch die gegebene 5-Milliarden-€-Garantie gedeckt sind. Dort wird für die Level-Hierarchie der Prognosemodelle die Frage problematisiert, dass möglicherweise zu optimistische Einschätzungen getroffen werden, was die Bewertung der Papiere angeht, dass man möglicherweise einen zu großen Anteil optimistischer Modellannahmen für die Bewertung von Papieren ansetzt, obwohl mittlerweile Marktpreise vorliegen, die unter den Modellannahmen liegen. Das kann man so als denkbare Konsequenz dem letzten veröffentlichten Jahresabschluss von Phoenix Light entnehmen.

Wir hatten ja deshalb schon mehrfach Ihr Haus gefragt, welche Einschätzung es zu diesem Komplex gibt. Es sind natürlich alles Spekulationen, weil es noch nicht realisierte Verluste sind, aber es werden Verlustpotentiale und Szenarien dargestellt. Würden bestimmte Szenarien eintreten, könnte es gut sein, dass wir in den nächsten Jahren mehrere Milliarden zusätzlicher Belastungen zu schultern hätten, die über die bislang gegebenen 5 Milliarden € hinausgehen.

Weil Sie, Herr Finanzminister, ja zu einer realistischen Risikoabwägung für die Finanzplanung kommen müssen, würde mich eben Ihre Einschätzung interessieren, basierend auf dem, was Phoenix Light dazu veröffentlicht: Gehen Sie davon aus, dass dort weitere Lasten kommen? Oder in welcher Größenordnung sind die letzten veröffentlichten Erkenntnisse und Ihnen vorliegenden Daten dazu angetan, davon auszugehen, dass es sein könnte, dass sich mehrere Milliarden zusätzlicher Belastungen in der Folgezeit ergeben, die die jetzigen Kalkulationen nicht enthalten und die dementsprechend den Zeitpunkt des Haushaltsausgleichs gefährden?

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM): Sie haben ja selbst den hochspekulativen Rahmen jeder Aussage zu diesem Punkt angesprochen. Ich kann erst einmal sagen: Es handelt sich hier um ein Paket, das in Ihrer Regierungszeit so abgeschlossen worden ist – sowohl mit diesem Größenrahmen von Garantien wie auch mit der Verteilung dieser Garantien zwischen Land und Sparkassenseite.

Wir haben bislang – darüber haben wir schon oft genug diskutiert – eigentlich ausschließlich Fälle gehabt, bei denen die Prognosen, die wir von PIMCO bekommen haben, in ihren Auswirkungen unterschritten worden sind. Sie erinnern sich sicherlich an den langen Streit darüber, inwieweit wir das Sondervermögen aufstocken sollten und wann daraus Zahlungen kommen. Die Prognosen haben sich so nie bewahrheitet; die Ergebnisse sind immer geringer ausgefallen bzw. weiter in die Zukunft geschoben worden. Man muss daraus die Feststellung treffen: Die Prognosen waren falsch – sie waren zwar schön falsch, aber sie waren falsch.

Die jetzt vorliegenden Prognosen gehen nach wie vor davon aus, dass man diesen Rahmen benötigt, dass man aber auch mit diesem Rahmen auskommt, dass allerdings die Verteilung über die Zeit eine andere ist. Den letzten Stand haben wir zu

dem Zeitpunkt, als wir die Pläne aufgestellt haben, in die mittelfristige Finanzplanung eingearbeitet. Dort sind für 2014, 2015 und 2016 Beträge genannt. Auch da würde ich im Moment für die nächste Zukunft – also für den Haushalt 2014 – eher sehen, dass wir günstiger davonkommen können, aber immer mit der Einschränkung: Wir reden nicht davon, dass es nicht gebraucht wird, sondern wir reden davon, dass es später aufläuft. Und wir können auch nicht ganz genau sagen, ob es immer nur eine Verschiebung auf der Zeitachse insgesamt ist oder ob die Zeitachse mit einer Wand am Ende ist, sodass es am Ende ein Stück höher läuft.

Aber die Gesamtsumme ist von PIMCO bislang, selbst unter etwas gestressten Varianten, nie überschritten worden. Man kann sich natürlich immer ein Katastrophenszenario ausdenken. Aber bislang war es ja eher so, dass sich am Ende der Puffer, der schon oft verbraucht war, sodass man gesagt hat, jetzt schlägt es in den Landeshaushalt, wieder aufgebaut hat und wieder zur Verfügung stand, gewisse Garantien auch zu übernehmen. Vielleicht kann Herr Stapf dazu noch Detaillierteres sagen.

Aber das war der Gesamtrahmen, in dem wir bislang unsere Prognosen und das, was in den Haushalt eingestellt worden ist, in die mittelfristige Finanzplanung eingestellt haben. Es ist immer wieder erkennbar, dass das Spekulative an diesen Aussagen so ist, dass man, wenn man alles zusammennimmt – aber das hat auch PIMCO nicht gemacht –, immer eine Zahl produzieren kann, von der man weiß, dass sie kaum eine Eintrittswahrscheinlichkeit hat, die sich aber kommunizieren lässt und dann im Raume steht.

LMR Joachim Stapf (FM): Es ist richtig, dass in einer der letzten HFA-Sitzungen die Frage aufgeworfen worden ist, wie der Jahresabschluss von Phoenix einzuschätzen ist. Wir haben vonseiten der Landesregierung dazu eine Vorlage zugesagt, die noch aussteht, die aber spätestens zur nächsten HFA-Sitzung vorliegen wird. Heute kann ich dazu bereits sagen, dass wir bei Phoenix einen irischen Jahresabschluss nach dortigen Spielregeln haben, bei denen eine Marktbewertung der Papiere vorgenommen wird. Darin werden Marktschwankungen und dementsprechend auch stille Lasten gezeigt.

Die Betrachtung bei der Ersten Abwicklungsanstalt ist eine völlig andere: In der Bilanz werden Fundamentalwerte gezeigt, und es wird davon ausgegangen, dass die Papiere nicht kurzfristig veräußert werden müssen, sondern dass sie in Phoenix bis zur Fälligkeit gehalten werden. – Insofern sind die Ansätze überhaupt nicht vergleichbar.

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM): Ich darf einmal dazwischen sagen: Wir sollten darauf achten, dass wir in einer öffentlichen Sitzung sind und bei der Beschreibung auch diesen Charakter zugrunde legen, sodass wir im Augenblick nur bedingt sagen können, was am Ende des Jahresabschlusses festgestellt wird.

Vorsitzender Christian Möbius: Es gab ja die Ankündigung, dass es eine wahrscheinlich wieder vertrauliche Vorlage zur nächsten HFA-Sitzung geben wird. – Herr Kollege Witzel hat aber noch eine Nachfrage.

Ralf Witzel (FDP): Ich habe nicht darum gebeten, mitzuteilen, wie Zukunftsprognosen von PIMCO eingeschätzt werden, sondern ich habe nur Bezug genommen auf einen veröffentlichten Jahresabschluss. Das sind auch nicht Annahmen der FDP, sondern es gibt einen Abschlussprüfer, und zwar Ernst & Young, der Feststellungen tätigt, und zwar nach der Fair-Value-Methode – das hat Herr Stapf gerade bestätigt, und es geht aus dem Jahresabschluss hervor –, wo man sich eben die Frage stellt: Wie ist zum jetzigen Marktzeitpunkt vieles zu bewerten? Nach dem letzten Phoenix-Light-Jahresabschluss sind dort 9,7 Milliarden \$, also etwa 7 Milliarden €, als „gain on fair value“ vermerkt. Das ist nicht etwa das Katastrophenszenario von fünf Szenarien, die nebeneinander stehen, sondern es ist das, was diesem Jahresabschluss, der von Ernst & Young geprüft worden ist, als Annahme zugrunde liegt, dass dort natürlich auch Risiken eintreten können.

Dieser Bericht weist zweitens darauf hin, dass es unterschiedliche Level in der Herangehensweise zur Eingruppierung von Papieren gibt. Man sieht in der Aufschlüsselung, dass ein vergleichsweise großer Anteil der Papiere in Kategorien einsortiert worden ist, die sich günstig rechnen. Deshalb spricht dieser Bericht – das ist kein Staatsgeheimnis, sondern ein veröffentlichter Jahresabschluss – auch den Aspekt stiller Lasten an. Insofern finde ich es wichtig – Herr Stapf hat ja bestätigt, was öffentlich bekannt ist und was man deswegen auch diskutieren kann –, dass es Hinweise gibt, zu denen uns als Parlament interessiert, dass man ihnen nachgeht.

Wir haben das nicht als Vorwurf an die jetzige Regierung adressiert; das wäre auch unseriös. Es hat auch niemand gesagt, dass der Finanzminister Verantwortung für das trägt, was Phoenix Light dort in die Jahresabschlüsse aufnimmt. Ich sage aber schon, dass wir die Verantwortung dafür haben – Sie als Landesregierung und wir als Haushaltsgesetzgeber, als Parlament –, wenn es um Milliarden-Größenordnungen geht und sich Veränderungen ergeben, das im Blick zu behalten, weil das in den nächsten Jahren den finanziellen Verfügungsrahmen ausmacht.

Wenn wir die Schuldenbremse zu erreichen haben – wir wollen sie schneller erreichen als Sie –, dann müssen wir wissen: Was können für Lasten auf uns zukommen? Sie weisen in jeder mittelfristigen Finanzplanung zu Recht in der Abgrenzung zur strukturellen Haushaltsentwicklung in einer Zeile die Sonderbelastungen aus, die aus diesen Aktivitäten herrühren. Da haben wir zu keinem Zeitpunkt, Herr Finanzminister, gesagt, dass Sie für das, was früher geschehen ist Verantwortung tragen. Es wäre auch absolut nicht angebracht, Ihnen das vorzuwerfen. Nur bitten wir Sie, die zukünftigen Prognosen und Entwicklungen im Blick zu behalten, damit nicht eine Situation eintritt, dass man, weil man Risiken zu gering einschätzt, glaubt, viel Spielraum für andere Dinge zu haben, was einem dann in den nächsten Jahren auf die Füße fällt.

Das ist der warnende Hinweis, den wir zu dem Thema geben. Wir werden in den nächsten Jahren sehen, wie sich das verändert. Nur, wir reden hier nicht über Abweichungen von 5 oder 10 %, weil sich Märkte anders entwickeln, sondern die Größenordnungen, die als denkbare Lasten in dem Jahresabschluss stehen, sind erkennbar um Milliardenbeträge größer als das, wofür bis zum heutigen Termin Vorsorge getroffen worden ist.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Wir beantragen für unsere Fraktion ein Wortprotokoll bezüglich des Themas Portigon/Phoenix.

Vorsitzender Christian Möbius: Gut. – Als Nächstes Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Ich möchte für alle Parlamentarier, die hier im Raum sitzen, nur einen Sachverhalt klarstellen.

Wir werden von der Landesregierung zeitnah über die Frage der Phoenix-Bewertung in vertraulicher Vorlage, und zwar, wenn ich mich nicht irre, in Zwei-Monats-Schritten unterrichtet, wie die Einschätzung der Landesregierung aussieht und die wie die tatsächliche Lage der Zahlungen aussieht. Es ist unzutreffend, dass sich der Landesfinanzminister keine Gedanken um die Risikolage gemacht hätte. Es ist auch unzutreffend, dass das nicht in die mittelfristige Finanzplanung eingepreist wäre. Das ist in öffentlicher Vorlage, Herr Kollege, alles dargestellt und nachzulesen.

Und es ist auch so, dass das Land Nordrhein-Westfalen beschlossen hat, einen Rettungsschirm aufzuspannen, und zwar auf Vorschlag des damaligen Finanzministers Linssen, in dem die Zahlen auch dargestellt sind: 5 Milliarden € Gesamtvolumen als Haftungssumme; von diesen ist für 3,75 Millionen € das Land einstandspflichtig, und für den Rest sind es im Wesentlichen die Sparkassen und zum kleineren Teil die Landschaftsverbände. Von diesem Betrag sind etwa 1,3 Milliarden € eingezahlt worden, und etwa 2,3 Milliarden € sind noch einzuzahlen. Der Finanzminister hat in der mittelfristigen Finanzplanung bis auf den letzten Cent ausgewiesen, wie er sich vorstellt, das zu tun. Das bedarf natürlich der Zustimmung des Haushaltsgesetzgebers, ob es dann so kommt. Aber die Planungen sind alle transparent und öffentlich.

Man kann auch dem Vorsitzenden dieses Ausschusses keinen Vorwurf machen, dass er es abgelehnt hätte, über diesen Sachverhalt zu beraten, oder er versäumen würde, der Landesregierung entsprechende Fragen zu stellen. Ich kann auch nicht feststellen, Herr Kollege Witzel, dass es einen einzigen Parlamentarier oder eine einzige Parlamentarierin in diesem Raum gibt, der oder die kein Interesse an dieser Sachfrage hätte. Ich finde das mittlerweile sehr anstrengend und auch unangemessen, dass Sie das so darstellen, als wäre die FDP-Fraktion die einzige, die sich darum Gedanken macht. Wir machen das vielmehr fortlaufend und unaufgefordert und auch ohne jeden Hinweis von Herrn Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Schön, dass wir auf Bitten von Herrn Schulz ein Wortprotokoll über diese Erörterung bekommen. Das ist ja nun Kabarett, Herr Kollege, was Sie gerade hier abgeliefert haben. Ich habe ausdrücklich gesagt: Wir haben überhaupt keinen Vorwurf an den amtierenden Finanzminister adressiert. Er hat auch nicht diesen Rettungsschirm eingerichtet. Die Fragen, die wir gestellt haben, und zwar heute zum fünften Mal, sind darauf gerichtet, wie realistisch bei einem Blick in einen veröffentlichten Jahresabschluss Entwicklungen sind. Dazu ist heute mitgeteilt worden, dass wir in der nächsten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses dazu ausführlicher diskutieren können, um die Erörterungen, nachdem wir das seit ein paar Monaten angesprochen haben, abschließen zu können. Auf diese Daten freuen wir uns.

Dass sich der Finanzminister bisher nicht um diese Dinge kümmern würde, hat niemand behauptet, sondern wir haben die Frage gestellt: Wenn man in den Jahresabschluss hereinschaut und feststellt, das darin etwas diskrepant anders steht als in der mittelfristigen Finanzplanung – ist das schlüssig? Diese Erörterung wollten wir hier führen. Wir haben die Kriterien genannt und gesagt, was die Punkte sind, die aus dem Jahresabschluss von Phoenix Light aus unserer Sicht Fragen aufwerfen. Wenn wir das dann im nächsten Termin behandeln, ist das sicherlich im Sinne der Sache.

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM): Ich will nur eines noch dazu sagen. Mir geht es jetzt gar nicht um die Frage, Herr Witzel, ob Sie mir persönlich damit einen Vorwurf machen oder nicht. Worum es mir aber sehr viel mehr geht, Herr Witzel, ist, ob Ihre Art, damit anschließend Öffentlichkeitsarbeit zu machen, nicht erhebliche Erschwernisse für die gesamte Art der Abwicklung und für die Suche nach Geschäftspartnern seitens der Portigon auslöst. Ich habe, ehrlich gesagt, bei dem, was ich in den letzten Tagen und Wochen und heute erlebe, die nächste Schlagzeile schon im Kopf, die da heißen könnte, dass Milliarden weiterer Steuergelder nicht ausgeschlossen sind.

Vor diesem Hintergrund möchte ich hier sicherstellen: Erstens. Bislang sind alle Prognosen von PIMCO unterschritten bzw. zeitlich nach hinten verrückt worden. Das, was wir im Augenblick an Prognosen von PIMCO bekommen, geht eher in die gleiche Richtung.

Zweitens: Wenn der Rettungsschirm, der damals mit insgesamt 5 Milliarden € bestückt worden ist, nicht reichen würde – wofür es keine Anzeichen gibt –, dann würde das, was darüber hinausgeht, erst einmal als Last in die EAA fallen. Dann kämen neue Garantiemechanismen zum Zuge, und dann würde das, wie es immer so schön heißt, in einer Kaskade weitergehen.

Von dieser Grundlage noch hinter diese Hecke zu schauen, nur damit das eine Nachricht wird, halte ich im Prinzip für giftig für das, was wir zu tun haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir sind dabei, eine Großbank vom Markt zu nehmen. Sie war einmal in einer Größenordnung wie die Deutsche Bank und besteht jetzt aus vielen Teilen, die abgewickelt werden müssen. In den Jahren 2005 bis 2010 ist die letzte Ausfahrt zum Verkaufen verpasst worden, sodass wir jetzt eine Menge zu tun haben. Dass eine Menge Gefahren und Risiken dahinter stecken, daran ist überhaupt kein Zweifel. Aber jetzt sollte man nichts unternehmen, was im Hinblick darauf noch Probleme macht, nur damit das hinterher eine schöne Horrormeldung wird. Das, was ich dazu erlebe – nämlich: „Man muss befürchten ...“ und „Es ist zwar spekulativ, ...“ –, bringt die Leute, die es angeht, schon in Aufregung und ist für das, was Portigon als Serviceunternehmen und die Erste Abwicklungsanstalt zu bearbeiten haben, nicht hilfreich.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Ich möchte zunächst sagen, dass wir als CDU-Fraktion den Hinweis des Ministers ernst nehmen und dass wir, wie wir es in der

Vergangenheit getan haben, dazu beitragen möchten, diesen Prozess nicht zu erschweren. Ich glaube, das werden Sie uns auch attestieren. Ich möchte Sie aber auch bitten, Herr Minister, ganz ohne Schaum vor dem Mund, das durch schnelle Zwischenbemerkungen, wie Sie sie jetzt zum Schluss gemacht haben, nicht zu belasten. Die Frage, ob eine Ausfahrt zum Verkauf eine Ausfahrt gewesen wäre, die nicht an der Leitplanke geendet hätte, um im Bild zu bleiben, sollten wir vielleicht nicht damit vermengen, weil das sonst Diskussionen auslöst, die wir dann sehr grundsätzlich führen müssten, die aber für diesen Prozess, denn Sie gerade ange mahnt haben, nicht hilfreich wären.

Wir kommen dann nämlich in die Grundsatzdiskussion, ob das sinnvoll gewesen wäre oder nicht. Dann müssten wir auch die Frage noch einmal thematisieren, zu welchem Zeitpunkt denn welche Papiere gekauft worden sind, die dann nach Phoenix ausgelagert werden mussten, und wer zu welchem Zeitpunkt davon wusste. Alles das wollen wir ja in einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss gemeinsam in Ruhe aufarbeiten. Es wäre aber sicherlich nicht hilfreich, wenn wir das jetzt hier hereinziehen würden. Insofern gebe ich ganz freundlich die Anregung an Sie zurück, dass wir das jetzt hierbei belassen. Dann könnten wir vielleicht die Haushaltsberatungen und die anderen Tagesordnungspunkte doch etwas grundsätzlicher angehen.

(c) Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushaltsentwurf

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) trägt vor, eine der Herausforderungen des Haushalts sei die Schuldenbremse, die ja gute Gründe habe und keine Schikane darstelle. Durch die Geschichte sowohl der Bundesrepublik Deutschland wie auch des Landes Nordrhein-Westfalen ziehe sich die Erkenntnis, dass es schwierig sei, die Zeiten zu finden, in denen das Geld ausreiche. Insofern sei die Schuldenbremse kein Selbstzweck, sondern Mittel zur Erreichung des Ziels, eine generationengerechte Haushalts- und Finanzpolitik zu betreiben, was alle Beteiligten jedenfalls seit 1969 nicht geschafft hätten.

Es gebe sehr wohl Möglichkeiten, das hinzubekommen. Rot-Grün habe vor drei Wochen in der zweiten Lesung alle Änderungsanträge abgelehnt. Um das nicht zu ritualisieren, verzichte die CDU-Fraktion darauf, sie noch einmal zu stellen. Einige der Anträge lege Rot-Grün jetzt unverändert oder leicht modifiziert selbst vor. Ihnen werde die CDU-Fraktion zustimmen, weil sie nicht aus Prinzip dagegen sein wolle.

Der Haushaltsentwurf bewege sich nicht auf einer Konsolidierungslinie, die erkennbar zu der Null führe. Das hänge nicht in erster Linie mit den Herausforderungen aufgrund des Tarifabschlusses zusammen, sondern beispielsweise damit, dass sich die Landesregierung nicht entschieden habe, zukünftig strukturell mit weniger Personal auszukommen und dieses Personal dann auch angemessen zu bezahlen. Rot-Grün habe sich bewusst für den Weg entschieden, am Schluss mehr Personal zu haben. Die CDU-Fraktion wolle demgegenüber tendenziell mit weniger Personal auskommen; sie wolle die demografischen Entwicklungen dort, wo es möglich sei, zum Anlass nehmen, Personal zu reduzieren, und zwar in der Weise, dass man aus-

scheidende Personen nicht in gleichem Umfang nachersetze. Die Schwierigkeiten die der Minister im Zusammenhang mit den Tarifierhöhungen angesprochen habe, seien das Ergebnis der dreijährigen Politik von Rot-Grün.

Das könne man auch an einem Vergleich der mittelfristigen Finanzplanung von Minister Walter-Borjans und der seines Vorgängers deutlich machen. Die Finanzplanung der schwarz-gelben Regierung habe für 2011 6,6 Milliarden € Neuverschuldung vorgesehen. Finanzminister Walter-Borjans habe 2011 um 5,73 Milliarden € höhere Steuereinnahmen gehabt, als in der mittelfristigen Finanzplanung von Herrn Linssen kalkuliert gewesen seien. Er hätte also mit einer Neuverschuldung von unter einer Milliarde € statt 3 Milliarden € auskommen können, wenn er die Politik seines Vorgängers fortgesetzt hätte.

Das Loch von mehr als 2 Milliarden € beruhe auf politischen Entscheidungen, die mit dem Koalitionsvertrag zu tun hätten. Rot-Grün habe gewollt, dass das Land mehr Geld ausgabe, und könne jetzt nicht sagen, dass es nicht anders gehe. Es gehe mit weniger Geld, ohne dass der Staat Aufgaben, die er erfüllen müsse, nicht erfülle. Rot-Grün wolle es anders und müsse die Konsequenzen tragen; schade sei nur, wenn die Koalition das jetzt auf die Beamtinnen und Beamten abschiebe.

Dass der Finanzminister gerne das eine oder andere abschiebe, habe er mit seiner Presseerklärung zum letzten Verfassungsgerichtsurteil zum Ausdruck gebracht. Nur zu sagen „Wir nehmen die Hinweise ernst“, werde der Bedeutung der Entscheidung nicht gerecht. Es sei nicht so, dass die Landtagsmehrheit oder die Regierung das Recht habe, sich mehrfach sehenden Auges über die Verfassung hinwegzusetzen. Das Gericht habe deutlich gesagt, dass man 2011 von einer „schwerwiegenden Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“, was mit „Rezession“ gleichzusetzen sei, nicht habe ausgehen können. Und für den Fall, dass eine solche Störung wider Erwarten eingetreten wäre, hätten die Landeshaushaltsordnung und die Verfassung Mittel und Wege vorgesehen, diese schwerwiegende Störungslage zum Beispiel mit Hilfe eines Nachtragshaushaltes abzuwenden.

Für die CDU-Fraktion sei das Fazit des gesamten Haushaltsverhaltens, dass die Landesregierung weder Strukturen an die zukünftigen Herausforderungen anpassen wolle noch ernsthaft bemüht sei, die Schuldenbremse einzuhalten. Bei allem Respekt davor, dass eine neue Regierung politische Prioritäten setzen dürfe – die CDU-Fraktion halte diese Prioritätensetzung für falsch und fände es schade, wenn die Beamtinnen und Beamten die Leidtragenden wären.

Martin Börschel (SPD) führt aus, wenn man versuche, die Haushaltsanträge der Oppositions- und der Koalitionsfraktionen zur zweiten und dritten Lesung in Strukturen zu unterteilen, könne man feststellen, dass CDU und FDP zum Teil mit Luftbuchungen, Legendenbildungen und mitunter mit Comedy agierten, während sich SPD und Grüne darauf beschränkten, konkrete Politik zu machen.

Er fange mit dem Thema „Personal“ an. Wenn man die Wortbeiträge der Kollegen Witzel und Optendrenk mit den Haushaltsanträgen vergleiche, werde das Pharisäerhafte ihres Tuns besonders augenscheinlich. Auf der einen Seite würden wortreich

die Überlegungen zur Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten beklagt. Auf der anderen Seite werde in einem FDP-Antrag gefordert, jährlich 2 % der Personalaufwendungen einzusparen, und zwar mit folgender Begründung:

„Die jährliche Produktivitätssteigerung der Mitarbeiter reicht aus, um die Qualität der Leistungserbringung konstant zu halten.“

Das dokumentiere eindrucksvoll, welches Bild die Antragsteller von den Menschen in der Landesverwaltung hätten und welche eiskalte neoliberale Haltung sie einnehmen. Damit zeigten sich substantiell unterschiedliche Haltungen zum Wert der Arbeit von Menschen in der Landesverwaltung und anderswo. Abgesehen davon nähmen CDU und FDP weiteste Bereiche der Landesverwaltung von ihren Sparvorschlägen aus, nämlich Schule, Polizei, Justiz und Finanzverwaltung. Übrig blieben dann im Wesentlichen die Bezirksregierungen und die Ministerien. Die Antragsteller sollten dann auch ehrlich sagen, dass sie diese abschaffen wollten. Ein solcher Vorschlag könne nicht ernsthaft aufrechterhalten werden.

Am gestrigen Tage habe die FDP-Fraktion gegenüber der Presse behauptet, die schwarz-gelbe Regierung habe seinerzeit 14.305 Stellen gestrichen. Das sei Legendenbildung und zugleich unverschämt. Herr Witzel wisse genau, dass diesen 14.305 nominell gestrichenen Stellen 11.889 neugeschaffene Stellen gegenüberstünden. Per Saldo habe Schwarz-Gelb also maximal eine Reduzierung um 2.416 Stellen zustande gebracht. Dabei sei noch zu berücksichtigen, dass es in der rot-grünen Regierungszeit vor 2005 eine Arbeitszeitverlängerung gegeben habe. In Stellen umgerechnet habe alleine diese Maßnahme zum Wegfall von 5.000 kw-Vermerken und damit zu entsprechenden Stellenabgängen geführt. Wenn man diesen Effekt einrechne, habe die schwarz-gelbe Regierung zwischen 2005 und 2010 rund 2.500 Stellen aufgebaut. Das alles gehöre zur Wahrheit dazu – aber nicht, solche Legendenbildung zu betreiben, wie es die FDP-Fraktion gestern getan und heute noch einmal angedeutet habe.

Zum Thema „Comedy“: Herr Lindner habe bei der gestrigen Pressekonferenz die SPD einer „sozialen Rhetorik“ gescholten, die neoliberale Rhetorik des Superlativs dagegengesetzt und von einer „Entfesselung von Mittelstand und Industrie“ gesprochen. Aufgrund dieses gewünschten „Entfesselungsimpulses“ beantrage die FDP-Fraktion die Ausbringung einer Mehreinnahme von 25 Millionen € und füge hinzu:

„Die Landesregierung wird beauftragt, die entsprechenden Schritte zur Entlastung der Wirtschaft einzuleiten.“

Als selbstständiger Comedian ginge Herr Lindner sicherlich pleite, denn da bleibe einem das Lachen im Halse stecken.

CDU und FDP forderten weiter, durch Streichungen bei Förderprogrammen Einsparungen zu erzielen. Der zur zweiten Lesung vorgelegte Antrag der CDU-Fraktion auf eine im ersten Jahr vierprozentige, im Endausbau zwanzigprozentige Kürzung sei, weil die CDU-Fraktion ja nicht sage, wo die Kürzungen erfolgen sollten, im Grunde nichts anderes als die Ausbringung einer weiteren globalen Minderausgabe. Die Vorwürfe, die die CDU-Fraktion sonst immer gegen die von der Regierung vorge-

schlagenen globalen Minderausgaben erhebe, gingen damit ins Leere. Und wenn Koalition und Regierung konkret bei den Landesförderprogrammen etwas einsparen wollten, beklage die CDU, dass diese Kürzungen ganz schrecklich für die Zukunft des Landes seien. An der Stelle sollte sie zu mehr Ehrlichkeit zurückkehren.

Die CDU- und die FDP-Fraktion hätten auch das Steuerabkommen mit der Schweiz herausgekratzt und ritten damit ein totes Pferd. SPD und Grüne seien definitiv nicht bereit, ein Steuerabkommen zu unterzeichnen, das dem ehrlichen Steuerzahler ins Gesicht schlage. Hier unterschieden sich Schwarz-Gelb und Rot-Grün voneinander, und darüber sei er froh.

In einem Nach-Röttgen-Effekt verlange die CDU-Fraktion nun auch wieder die Abschaffung der Kita-Beiträge und der Studiengebühren rückgängig zu machen. Das zeige, dass für die CDU-Politik Eltern und Studierende die Zeche zahlen sollten. SPD und Grüne setzten da andere Akzente und unterschieden sich sehr gerne davon.

Die Änderungsanträge der Oppositionen ließen jedenfalls kein Konzept erkennen. Deshalb sei es richtig und notwendig, dass SPD und Grüne auf Grundlage eines sehr guten Haushaltsentwurfs mit insgesamt 81 Änderungsanträgen einen eigenen Impuls setzten und Verbesserungen erreichen könnten. Aufgrund der Anträge werde man die Neuverschuldung um 81,7 Millionen € senken können.

In ihren Anträgen setzten die Koalitionsfraktionen diverse Schwerpunkte. Aufgrund steigender Flüchtlingszahlen werde durch Verbesserung der Leistungen für Flüchtlinge und Asylbewerber ein Akzent gesetzt. Er sei froh, in diesem Punkt zumindest mit der Piratenfraktion einig zu sein; SPD, Grüne und Piraten stellten die Anträge hierzu gemeinsam.

Die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur wollten SPD und Grüne um 5,5 Millionen € aufstocken. Die FDP-Fraktion wolle hier noch mehr; insofern erwarte er mit Freude deren Zustimmung.

Ein Schwerpunkt sei auch die Armutsbekämpfung. Für die Bekämpfung der Kinderarmut sollten zusätzliche ESF- und auch Haushaltsmittel eingesetzt werden.

Die Kommunen blieben ein Schwerpunkt des Handelns; sie hätten in Rot-Grün einen verlässlichen Partner. Die Stärkungspaktkommunen würden in die Lage versetzt, an Förderprogrammen teilnehmen zu können.

Der öffentlich geförderte Wohnungsbau solle unterstützt werden, indem durch einen Änderungsantrag zum Haushaltsgesetz besondere Kontrahierungsmöglichkeiten zwischen BLB und Kommunen ermöglicht würden, was dann beispielsweise dem öffentlich geförderten Wohnungsbau oder dem studentischen Wohnen zugutekomme.

SPD und Grüne wollten auch erreichen, dass das MIK mehr Polizisten in den Landesdienst aufnehmen könne. Die Anwärterzahl werde um 70 erhöht, um wirklich auf die Zielzahl von 1.400 zu kommen. Im Hinblick auf die zunehmenden Gefahren insbesondere durch Salafisten solle auch eine personelle Verstärkung des Verfassungsschutzes erfolgen, um mit derartigen Umtrieben besser umgehen zu können.

Beim BLB werde mit dem Instrument der Arbeitnehmerüberlassungen Schluss gemacht, mit dem Schwarz-Gelb aus kosmetischen Gründen gearbeitet habe. Weil die

Menschen, die dauerhaft für den BLB arbeiteten, auf ordentliche Personalstellen gehörten, würden 76 Stellen geschaffen. Das heiße ausdrücklich nicht, dass sich die Koalition nicht mit der Notwendigkeit von Effizienzsteigerungen beim BLB auseinandersetzen wolle.

Zum Schluss könne er feststellen: Aus einem guten Haushaltsentwurf mache die Koalition einen besseren. Die Neuverschuldung sinke. Es würden klare Schwerpunkte gesetzt. Er glaube von daher, dass man mit gutem Mut und frohem Herzen die Änderungsanträge annehmen und den Haushalt 2013 beschließen könne.

Ralf Witzel (FDP) dankt Herrn Börschel, dass er sich mit den Forderungen der FDP auseinandergesetzt habe. Zu einigen Punkten wolle er etwas erläutern, damit sie im richtigen Licht erschienen.

Zum Personalabbau habe die FDP gesagt: Wenn man den Haushalt konsolidieren wolle, sei das ein Projekt für diese Legislaturperiode; man sollte so ehrgeizig sein, 2017 eine schwarze Null zu erreichen. Wenn man das wolle, müsse man auch im Bereich Personal bereit sein, einzusparen und Stellen abzubauen.

Die FDP wolle das nicht so, wie es Herr Börschel dargestellt habe, sondern durchaus differenzierter. Es müsse vor allem mit einer grundlegenden Befreiung von Standards einhergehen. Rot-Grün habe in den letzten Jahren viele Aufgaben neu definiert, die eine Arbeitsverdichtung bedeuteten oder Neueinstellungen erforderten. Er nenne nur das Tariftreue- und Vergabegesetz, das eine Kontrollinfrastruktur nach sich ziehe, wenn es vollzogen werden solle. Auch das totale Rauchverbot bedürfe zu seiner Umsetzung einer Kontrollinfrastruktur. Dasselbe gelte für die Verschärfungen der Umweltzonen-Regelungen. Dass Rot-Grün 300 zusätzliche Stellen für die Umweltverwaltung wolle, werde Herr Börschel sicherlich auch nicht bestreiten.

Wenn man wie die FDP von einem freiheitlichen Staatsverständnis ausgehe, fielen demgegenüber Aufgaben weg, sodass es ohne individuelle Mehrbelastungen für die Beschäftigten möglich sei, Effizienzreserven zu erzielen.

Herr Börschel habe richtigerweise erwähnt, dass auch Schwarz-Gelb zusätzliche Stellen geschaffen habe. Er hätte aber dazusagen sollen, dass das im Bildungsbereich geschehen sei, weil es steigende Schülerzahlen gegeben habe und ein Schub in Richtung Ganztage erfolgt sei. – Jetzt sei es genau umgekehrt: Die Schülerzahlen gingen drastisch zurück, und es entstünden Demografiegewinne in fünfstelliger Größenordnung.

Im übrigen setze die FDP auf intelligente Instrumente, zum Beispiel auf die Fortsetzung dessen, womit schon vor einigen Jahren begonnen worden sei, nämlich der Beschäftigung von Schulverwaltungsassistenten. Dankenswerterweise liege mit Vorlage 16/750 die Beantwortung seiner entsprechenden Frage durch das Ministerium für Schule und Weiterbildung vor. Danach nähmen die nichtunterrichtlichen Tätigkeiten an den Schulen einen Umfang von 17.500 Lehrerstellen ein. Ein erheblicher Teil davon sei sicherlich notwendig; die Frage sei allerdings, ob nicht 20 oder 30 % davon Verwaltungstätigkeiten beträfen, die sich besser durch Assistenzpersonal erledigen ließen. Man könne damit Effizienzreserven heben und dazu beitragen, dass mehr

pädagogische Kräfte, gerade auch in Mangelfächern, an den Schulen zur Verfügung stünden, an denen es besondere Engpässe gebe.

Die globalen Minderausgaben habe die FDP nicht kritisiert. Sie setze vielmehr darauf, dass sich das Land bis zu der zweiprozentigen Grenze, die die Verfassung erlaube, solcher Instrumente bedienen müsse, um eine gewisse Flexibilität im Haushaltsvollzug zu haben.

Was das Steuerabkommen mit der Schweiz angehe, müssten SPD und Grüne eigentlich einen größeren Betrag ansetzen als die FDP; denn Herr Börschel kritisiere ja, dass die Bundesregierung nicht hart genug verhandelt habe und zu bescheiden sei. Die FDP sage, dass es Punkte gebe, die man kritisieren könne, habe jedoch pragmatisch die Abwägung getroffen, lieber das zu nehmen, was verhandelt worden sei, als gar nichts zu bekommen.

Die FDP-Fraktion werde bei den heutigen Abstimmungen ein differenziertes Verhalten praktizieren. Sinnvollen Vorschlägen werde man sich nicht verweigern, sondern ihnen zustimmen. Den einen oder anderen Antrag werde die FDP ablehnen, weil sie andere Wege beschreiten wolle.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) kann die Logik Herrn Witzels, was das Steuerabkommen mit der Schweiz angehe, nicht nachvollziehen. Entweder gebe es ein Steuerabkommen, und dann bekämen alle ihren Anteil, oder es gebe keines. Klar sei: Das Steuerabkommen, das im Bundesrat gescheitert sei, sei zu Recht deshalb gescheitert, weil es zu Ungerechtigkeiten geführt hätte. Die Einnahmen, die sich daraus ergeben hätten, könne man genauso wenig einrechnen wie etwa Einnahmen aus der Vermögensteuer, die SPD und Grüne in ihren Wahlprogrammen forderten.

Nach dem FDP-Rezept sei die Haushaltsaufstellung sehr einfach: 500 Millionen € globale Mehreinnahmen, 1 Milliarde € globale Minderausgaben, und fertig sei der Haushalt. – Das sei keine Haushaltspolitik und habe mit Inhalten nichts zu tun.

Beim Personal wolle die FDP 2 % jährlich einsparen. Nach fünf Jahren wären das schon 150 Millionen € oder 3.000 Stellen. Hinzu kämen die Personaleinsparungen aufgrund von Effizienzgewinnen durch Standardbefreiungen und die geforderten Einsparungen im Einzelplan 10. Wenn Schule, Justiz, Polizei und Finanzverwaltung ausgenommen würden, blieben rund 20.000 Stellen übrig, von denen dann 5.000 oder 6.000 abgebaut werden sollten. Herr Witzel sollte einmal beschreiben, wie er das hinbekommen wolle. – Er halte das für unmöglich.

Was die im Remmel-Ministerium beantragten Personaleinsparungen betreffe, dürfe er an die Lebensmittelskandale in der letzten Zeit erinnern. Frau Aigner fordere schärfere Kontrollen; diese müssten aber in den Ländern durchgeführt und von den Ländern finanziert werden. Herr Witzel sollte den Menschen schon auch erklären, dass er einen freiheitlichen Staat wolle, der die Lebensmittel nicht mehr kontrolliere.

Nach wie vor fordere die FDP ja auch Privatisierungen. In der schwarz-gelben Regierungszeit seien die Lufthansa-Aktien und die LEG verkauft worden. Mit dem Erlös der Lufthansa-Aktien seien die Spielwiesen von Herrn Pinkwart bedient worden. Aber beispielsweise der Verkauf des Materialprüfungsamtes sei nicht gelungen.

In Bezug auf die WestLB müsse er Herrn Optendrenk recht geben, dass die Annahme, zwischen 2005 und 2010 habe die letzte Möglichkeit zum Verkauf bestanden, genauso spekulativ sei wie das Gegenteil. Er attestiere der CDU auch, dass sie sich in Bezug auf EAA und Phoenix nicht an dem Vorgehen der FDP beteilige.

Was die geforderten Kürzungen bei den Förderprogrammen angehe, sei vielen CDU-Kollegen offenbar nicht klar, was die Fraktion dazu beschlossen habe. Im Kulturbereich wären das bei einem Umfang von rund 150 Millionen € Kürzungen von 30 Millionen €. Prof. Sternberg geißele demgegenüber die von Rot-Grün vorgenommenen geringeren Kürzungen im Kulturbereich als Untergang des Abendlandes. Im Sportbereich sei die Diskrepanz noch schärfer; da forderten die CDU-Vertreter im Sportausschuss sogar Aufstockungen.

Abschließend dürfe er noch feststellen, dass sich die Netto-Neuverschuldung in der Zeit 2010 bis 2014 voraussichtlich von 4,8 Milliarden € auf 2,4 Milliarden € halbieren werde. Damit sei man auf einem guten Weg. Der Weg wäre viel einfacher, wenn man sich für einen sozial ausgewogenen entscheide, nämlich dafür, dass breite Schultern mehr tragen müssten als schwache, zum Beispiel über die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Er stehe auch dazu, dass die Abschaffung von Kita-Beiträgen und Studiengebühren sozialpolitisch ausgewogener sei, als etwa Hoteliers zu entlasten.

Mit den Änderungsanträgen, die die Koalitionsfraktionen vorlegten, sei er sehr zufrieden. Seine Fraktion werde selbstverständlich dem verbesserten Haushaltsentwurf zustimmen. Er freue sich auch darüber, dass SPD und Grüne einige Anträge gemeinsam mit den Piraten stellten.

Dietmar Schulz (PIRATEN) stellt zunächst fest, seine Fraktion habe sich aus Zeitgründen nur mit einem Teil der gestellten Anträge befassen können.

Er gehe davon aus, dass Herr Börschel mit seinem Hinweis, die Opposition habe Luftbuchungen beantragt, nicht die Anträge der Piraten gemeint habe; denn Luftbuchungen seien nicht dabei.

Allerdings sähen die Piraten bei verschiedenen Aspekten einen global anderen Ansatz als die anderen Fraktionen. Die interfraktionellen Gespräche zeigten aber, dass keine Politik der Abgrenzung, sondern eine Politik des Konsenses verfolgt werde. Seine Fraktion wolle den einen oder anderen Impuls setzen und betreibe deshalb konstruktive Politik.

Wenn in Anträgen anderer Fraktionen Ideen der Piraten aufgegriffen würden, begrüße seine Fraktion das selbstverständlich. Soweit Anträge der Piraten abgelehnt würden, stelle er fest, dass immerhin eine angeregte Diskussion dahin gehend statfinde, dass eine zukunftsorientierte Politik im Lande möglich erscheine.

Seine Fraktion gehe davon aus, dass Nordrhein-Westfalen – im Grund gelte das bundesweit – nicht nur ein Ausgaben-, sondern auch ein Einnahmenproblem habe. Das zeigten auch die vielen Kürzungsanträge. Es gebe einerseits die grundgesetzlich festgeschriebene Schuldenbremse; auf der anderen Seite bestehe die Notwendigkeit zu bestimmten Ausgaben beispielsweise in den Bereichen Bildung und freier Wissenszugang. Das sei mit erheblichen Kosten verbunden, und insoweit müsse

man auch für Einnahmen sorgen. Dabei sollte man nicht nur nach dem Bund rufen, sondern das Land müsse sich an den Überlegungen dazu auch beteiligen.

Aus dem im Bundesrat abgelehnten Steuerabkommen mit der Schweiz seien ja keine Einnahmen in Sicht. Die Landesregierung präferiere den weiteren Ankauf von CDs, um Steuersünder zu überführen. Es stelle sich aber die Frage, ob die Einnahmen, die aufgrund des Steuerabkommens hätten generiert werden können, durch die Mehreinnahmen aufgrund weiterer CD-Ankäufe kompensiert würden.

Letzteres stehe genauso in den Sternen wie beispielsweise die weitere konjunkturelle Entwicklung. Es gelte, die Augen offen zu halten. Auch bezüglich des Dauerthemas „WestLB-Abwicklung“ könne man nur hoffen, dass das Land nicht doch am Ende mit größeren Belastungen dastehe.

Was die kurzfristig eingegangenen Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf angehe, könne vielleicht manches bis zur dritten Lesung im Plenum in der nächsten Woche noch untereinander abgestimmt werden. Wenn der eine oder andere Antrag der Piraten aufgegriffen bzw. zu einem positiven Ergebnis geführt werde, würde es ihn freuen, als neue Fraktion wenigstens einen kleinen Beitrag geleistet zu haben, um eine entsprechende Orientierung der Politik im Lande auf den Weg zu bringen.

Um Fehleinschätzungen zu vermeiden, bemerkt **Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM)** zu den Ausführungen von Herrn Schulz zum Thema „Steuer-CDs“, die Maßnahme des Ankafs solcher CDs habe erst die Verhandlungsbereitschaft ausgelöst. Wenn man sich auf das ausgehandelte Abkommen eingelassen hätte, hätte man in dem Moment zwar zusätzliche Einnahmen bekommen; aber auch für die Zukunft das Instrument „Furcht“ aus der Hand gegeben – mit der Folge, dass es aufgrund der dann nicht mehr möglichen Nachforschungen Ausfälle gegeben hätte, die man gar nicht beziffern könne.

Bezüglich der Einnahmen, die sich das Land habe entgehen lassen, sei mit Traumzahlen argumentiert worden. Man könne die gleichen Traumzahlen dagegensetzen, wenn man darüber rede, was alles verloren gegangen wäre, weil man keinen Zugriff mehr gehabt hätte. Das Ziel bleibe, zu einer Verständigung zu kommen – am besten europaweit oder sogar darüber hinaus. Solange aber nur der Versuch unternommen werde, das ausgehandelte Abkommen, das eindeutig die Handschrift der Schweiz trage, abzuschließen, bleibe es so, wie es jetzt sei.

Gegenüber Herrn Witzel stellt der Minister fest, die Aussage, dass die schwarz-gelbe Regierung die zusätzlichen Lehrerstellen unter anderem wegen steigender Schülerzahlen geschaffen habe, treffe nicht zu. Nach seinen Informationen habe es 2005 keinen steigenden Schülerzahlen gegeben.

Herr Optendrenk habe argumentiert, dass in der Höhe, wie es über die Ansätze der mittelfristigen Finanzplanung hinaus höhere Steuereinnahmen gegeben habe, die Nettoneuverschuldung hätte abgesenkt werden können. Tatsache sei, dass daraus vier Ausgabenblöcke resultierten, über die man nur teilweise streiten könne.

Der erste sei der höhere Steuerverbund, der automatisch aus höheren Steuereinnahmen resultiere. Der zweite sei die verbesserte Ausstattung der Kommunen, über

die man sich einig gewesen sei. – Übrig blieben die Studiengebühren und die Beiträge für das letzte Kindergartenjahr, deren Abschaffung genau genommen ein Verzicht auf Einnahmen sei. Das sei natürlich auf Rot-Grün zurückzuführen.

Mit steigenden Steuereinnahmen gehe aber immer auch ein gewisses Wachstum auf der Ausgabenseite einher. Das Bild, dass alles automatisch einer Konsolidierung des Landeshaushalts zugeführt werden könne, sei jedenfalls nicht richtig.

Im Übrigen sei es der Normalfall, in Zeiten einer wachsenden Wirtschaft auch Rekordsteuereinnahmen zu haben. Kein Unternehmen würde aus jährlich steigenden Umsätzen jährliche Preissenkungen ableiten. Genauso wenig könnten CDU und FDP aus der Tatsache steigender Steuereinnahmen schlussfolgern, dass der Haushalt ausgeglichen sein müsse.

Zu den letzten Ausführungen des Finanzministers stellt der **Dirk Wedel (FDP)** fest, wenn Rot-Grün die Kita-Beiträge und Studiengebühren beibehalten hätte, hätten diese Einnahmen selbstverständlich zu einer weiteren Verringerung des Defizits geführt. Ohne die Befreiungen wäre jedenfalls das Ergebnis bei der Nettokreditaufnahme besser gewesen.

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) bittet, seine Äußerungen nicht umzuinterpretieren. Er habe gesagt, dass die Abschaffung der Studiengebühren und Kita-Beiträge einen Verzicht auf Einnahmen darstellten. Einnahmensenkungen verlange ja sonst auch die FDP, nur für ein anderes Publikum. – Dass eine Einnahmensenkung die Spanne zwischen Einnahmen und Ausgaben vergrößere, sei unbestritten.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) entgegnet Herrn Börschel, was die Personalkostenentwicklung in den großen Bereichen Schule, Polizei, Justiz und Finanzverwaltung angehe, habe die CDU-Fraktion vor drei Wochen den Vorschlag gemacht, strukturelle Veränderungen vorzunehmen, und dabei die Bereiche Polizei und Schulverwaltungsassistenten genannt. Darüber, dass die Finanzverwaltung von Personaleinsparungen ausgenommen werden müsse, sei man sich ja einig. Die CDU-Fraktion habe die Absicht, zum Justizbereich noch Veränderungsvorschläge zu machen. – Für die Bereiche Schule und Polizei lägen jedenfalls schon Vorschläge vor; insofern gebe es eine Alternative zu den Absichten der Koalition. Er bitte festzuhalten, dass die CDU-Fraktion bei den großen Personalblöcken inzwischen ein ganzes Stück weiter sei.

Beim Thema „kostenfreie Ausbildung“ gebe es bei der Koalition insofern einen Widerspruch, als sie Apothekern und Mediziner ein kostenfreies Hochschulstudium ermöglichen, aber die Bezuschussung der PTA-Ausbildung beenden wolle. Mit dem Thema „Meisterschule“ könnte er diese Argumentation mühelos fortsetzen. Die Politik von Rot-Grün sei an der Stelle nicht konsistent.

Zur heutigen Abstimmung erklärt der Redner, SPD und Grüne hätten zur zweiten Lesung – aus Gründen, die man nicht verstanden habe – alle CDU-Anträge abgelehnt. Die CDU-Fraktion werde nicht denselben Fehler machen, sondern den Anträgen der Koalitionsfraktionen, die sie für richtig halte, natürlich zustimmen.

(d) Urteil des Verfassungsgerichts vom 12. März 2013

(Wortprotokoll auf Wunsch von Dr. Marcus Optendrenk [CDU])

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM): Zur Verschuldungsgrenze: Die letzten beiden Male, in denen am Ende mit dem Ist-Wert die Verschuldungsgrenze der Nettokreditaufnahme überschritten worden ist, waren die Haushalte 2009 und 2010. – Worüber wir reden und was Sie immer mit Verfassungsbruch hochstilisieren, ist, dass wir für 2011 in der Überzeugung, dafür gute Gründe zu haben, eine Ermächtigung zur Überschreitung dieser Grenze im Haushalt hatten, von der wir, wie Sie alle wissen, nicht Gebrauch gemacht haben.

Jetzt stellt das Gericht, das Sie damit zwei Jahre beschäftigt haben, fest, dass es diese Ermächtigung, die wir gar nicht in Anspruch genommen haben, nicht hätte geben dürfen. Es hätte überhaupt keine Auswirkungen gehabt, wenn es diese Klage nicht gegeben hätte – außer den Prozesskosten; die hätten Sie sich sparen können.

Deswegen ist der Eindruck, den Sie erwecken wollen, hier sei eine Politik betrieben worden, mit der der Haushalt plötzlich aus den Fugen geraten sei, falsch.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Minister, ich finde schon, das ist etwas, bei dem Sie sich überlegen sollten, ob Sie das noch einmal wiederholen – wenn man sich ernsthaft Gedanken über die Frage macht, ob wir uns als Parlament oder als Regierung an die höchste Rechtsnorm halten, die es gibt, nämlich an die Verfassung, und wenn streitig ist, ob diese Voraussetzungen vorliegen, die das Parlament feststellt. Insofern richtete sich unser Normenkontrollantrag ja nicht gegen Sie persönlich, aber sehr wohl gegen Ihre Vorlage, die Sie im Grunde der Koalition an die Hand gegeben haben, und insofern haben Sie schon eine politische Verantwortung.

Aber die Frage ist, ob das, was da getan worden ist, nämlich ein Haushaltsgesetz zu beschließen, mit der Verfassung vereinbar ist. Und dann zu sagen, wir hätten uns die Prozesskosten sparen können – Herr Minister, Sie sollten sich noch einmal genau überlegen, ob Sie dabei bleiben. Ich rate dringend dazu, Ihr Amtsverständnis da noch einmal sehr genau zu überdenken. Ich glaube, das ist nichts, was Sie gerne wiederholen werden.

Ich meine auch, dass es zu einfach ist, an der Stelle zu sagen, wir sollten das mit der Haushaltsaufstellung nicht so ernst nehmen, weil es viel wichtiger sei, was wir im Vollzug machen. – Das Ergebnis des Haushaltsvollzugs ist ja von Faktoren abhängig, die mit der Bewirtschaftung durch die Regierung zusammenhängen, aber auch von vielen anderen Effekten, etwa davon, was wir im Länderfinanzausgleich bekommen oder was wir zahlen müssen, wie die Steuereinnahmen laufen und Ähnliches.

Wir können als Parlament doch nicht ernsthaft hinnehmen, dass der Finanzminister erklärt: Ob wir einen Verfassungsverstoß sehenden Auges bei der Aufstellung und der Verabschiedung des Haushalts in Kauf nehmen, ist egal, weil es auf den Haushaltsvollzug ankommt.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das hat nie einer erklärt!)

– Herr Zinke, wir reden über die Sitzung, die gerade hier im Raum stattfindet.

Ich möchte vom Minister gerne wissen, ob er ernsthaft der Meinung ist, dass die Prozesskosten vertanes Geld waren, und ebenso, dass das Verfassungsgericht im Grunde zwei Jahre unnütz beschäftigt worden ist und wir eigentlich nur Prozesshanseln sind, oder ob wir uns wenigstens darauf verständigen, dass das Verfassungsgericht in einem abstrakten Normenkontrollverfahren ein für alle Mal geklärt hat, unter welchen Voraussetzungen eine Störungslage des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts angenommen werden kann oder nicht, und dass ein für alle Mal feststeht, dass die ursprüngliche Entscheidung der Parlamentsmehrheit verfassungswidrig war, dass der Vorschlag der Landesregierung an das Parlament gleichfalls nicht im Einklang mit der Verfassung stand und deshalb das Verfassungsgericht so entschieden hat, wie es entschieden hat.

Ich bitte also, Herr Minister, die beiden Aussagen, die Sie gerade gemacht haben, ein Stück zu überdenken.

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM): Es geht wieder darum, was aus einer Aussage gemacht wird. Um es ganz deutlich zu sagen: Ich habe hier mit keiner Silbe gesagt, dass es nur auf das Ist und nicht auf das Soll ankommt. Wir haben als Landesregierung vielmehr – sowohl in unseren schriftlichen wie auch in den mündlichen Einlassungen vor dem Verfassungsgericht – deutlich gemacht, dass unsere Auffassung war, dass wir von einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ausgegangen sind.

Im Nachhinein weiß man: Die Einnahmen sind besser gelaufen, die Ausgaben sind niedriger ausgefallen, und wir sind am Ende um 900 Millionen € unterhalb der Verfassungsgrenze gewesen und nicht um 900 Millionen € darüber. Das stelle ich fest.

Wir wissen: Das Gericht hatte über Ihre Klage zu entscheiden, die sich auf den Soll-Ansatz, auf den Plan bezieht, und hat entschieden. Das ist nicht zu monieren. Darum geht es auch gar nicht.

Was ich gesagt habe, ist lediglich – und das wiederhole ich gerne –, dass die Urteile des Verfassungsgerichts, die den Haushaltsgesetzgeber und damit das Land insgesamt betreffen, zum Nachtragshaushalt 2010 wie auch zum Haushaltsplan 2011 zu keinerlei Veränderungen in der Weise geführt, dass dadurch etwas eingespart worden wäre – und zwar nicht deshalb, weil es für den Haushalt 2011 zu spät war und das Geld schon ausgegeben gewesen ist, wie an anderer Stelle zu lesen war, nein, sondern weil die Kredite gar nicht aufgenommen worden sind! Auch das, was 2010 rückgängig gemacht werden musste, nämlich die Milliarde, über die wir jetzt auch wieder geredet haben, die wir als Rücklage für eine Garantie gebildet hätten, die aber dann nicht gebildet worden ist, hat nicht dazu geführt, dass etwa Ausgaben nicht getätigt worden wären, denn die fallen ja zu späteren Zeitpunkten an.

Das ist das, was ich eben damit sagen wollte. Wenn das mit den Prozesskosten an der Stelle etwas überspitzt war, nehme ich das zurück; das ist überhaupt kein Problem. Ich meinte damit: Das ist der einzige Unterschied, der sich dazu ergeben hat, wenn nicht geklagt worden wäre, dass dieser Teil nämlich nicht angefallen wäre. Das

ist aber überhaupt kein Grund, mir zu unterstellen – das ist auch nicht meine Auffassung –, dass ich damit jemandem das Recht nehmen möchte, zu klagen.

Genauso deutlich möchte ich auch sagen – das wird draußen auch immer wieder falsch dargestellt –: Es ging hier nicht um Schuld oder Unschuld, sondern es ging um die Rechtsauffassung, die wir vertreten haben, und die Rechtsauffassung, die Sie vertreten haben. Vom Verfassungsgericht ist das dahin gehend beantwortet worden, dass Ihrer Rechtsauffassung Folge geleistet worden ist, dass sich das Verfassungsgericht Ihrer Rechtsauffassung angeschlossen hat. Damit ist das erledigt.

Aber im Ergebnis heißt das, dass eine Ermächtigung in einem Haushalt als nicht zulässig erachtet worden ist, von der gar kein Gebrauch gemacht worden ist.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Ich denke, dass es zu diesem Punkt sinnvoll ist, ein Wortprotokoll zu bekommen. Das sollte die entsprechende Erklärung des Ministers vorhin einschließen.

Ich bleibe anderer Auffassung, Herr Minister, was die Frage der Wirkungen angeht. Sie stellen ausschließlich auf die Frage ab, ob Sie den Haushalt anders vollzogen hätten oder ob Sie einen Haushalt anders aufgestellt hätten. Ich stelle auf die Frage ab, ob Sie persönlich und die Landesregierung insgesamt einen Amtseid auf die Verfassung abgelegt haben. Wir sind in gleicher Weise auf die Verfassung verpflichtet. Wir können es uns nicht so leicht machen, einfach immer nur von „Rechtsauffassungen“ zu reden, wenn Dinge ziemlich evident sind. Damit meine ich, dass bestimmte Dinge unseren Rahmen bilden, dass bestimmte Rahmenbedingungen für uns verpflichtend sind und von daher etwas schon ziemlich absehbar ist, sodass, wenn Sie aus Schwarz Weiß machen oder aus Weiß Schwarz machen, irgendjemand auf die Idee kommen könnte, das für eine Ausrede zu halten. Das ist der Punkt.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Die Fragen, wo die Parlamentsrechte und wo die Rechte der Regierung enden – im Verhältnis zu dem, was im Haushaltsverfassungsrecht geregelt ist –, sind keine rein monetären Fragen, sondern Fragen des institutionellen Vertrauens in demokratische, rechtsstaatliche Strukturen. Darum geht es in einem abstrakten Normenkontrollverfahren. Insofern spielt die Frage, ob Sie an der Stelle ein paar Euro mehr ausgegeben haben, keine Rolle, sondern es geht um die Frage: Wie ist unser Verständnis von den Aufgaben, die die Bürger uns übertragen? Wo sind die Grenzen dessen, was wir dürfen? – Mir scheint, dass das ein bisschen lapidar abgetan wird nach dem Motto: Es war nur ein Hinweis, es war nur eine Rüge ...

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie wissen aber schon, wie viele Verfassungsklagen Sie verloren haben?!)

– Wir reden hier über ein bestimmtes Verfahren. Ich bitte, dass wir das in aller Ernsthaftigkeit tun. Hier geht es nicht um ein Politikkonzept. Ich habe Ihnen immer konzediert, und das konzedierte ich dem Minister und der Landesregierung: Sie haben hier eine Mehrheit, bestimmte Dinge durchzusetzen, aber im Rahmen der Verfassung – und wenn es ziemlich evident ist, dann bitte auch in diesem Rahmen! Ansonsten gibt es das Gericht, und das muss die Grenzen dann festschreiben.

Ich bitte dringend darum, dass wir uns darüber einig sind, dass man sich daran wirklich hält, sodass man nicht jedes Jahr zum Verfassungsgericht gehen muss, um Selbstverständlichkeiten durchzusetzen.

Dirk Wedel (FDP): Ich hatte mich bereits zu der ersten Einlassung des Ministers zum Verfassungsgerichtsurteil gemeldet. Der Minister hat inzwischen – das erkenne ich auch an – klargestellt, dass er sich mit der Aussage zu den Prozesskosten wohl vergaloppiert hat.

Ich sage aber Folgendes: Das, was durchscheint in den Einlassungen, ist schon ein recht merkwürdiges Verfassungsverständnis, nämlich eines nach dem Motto: Wir lassen es einfach einmal drauf ankommen, ob das alles noch verfassungsgemäß ist oder nicht. – Das haben wir jetzt schon bei drei Haushalten erlebt.

Ich muss auch sagen: Jetzt nachträglich damit zu argumentieren, wie sich der Haushaltsvollzug dargestellt hat, ist verfassungsrechtlich schlicht und ergreifend unerheblich. Deswegen hat das bei dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs auch überhaupt keine Rolle gespielt. Ich meine, das gehört zur Ehrlichkeit in der Argumentation dazu. Es kommt eben auf den Zeitpunkt der Verabschiedung des Haushalts an, und es kommt nicht darauf an, ob sich im Haushaltsvollzug das eine oder andere noch geändert hat. Meines Erachtens muss man das dann auch bei der Argumentation entsprechend berücksichtigen, nämlich bei der Frage, wie verfassungstreu man sich an der Stelle verhält.

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM): Es geht hier nicht um das Verständnis „Gucken wir doch einmal, was dabei herauskommt!“ Wir haben sehr breit dargelegt, warum wir diesen Haushalt 2011 so aufgestellt haben. Ich habe es mit zwei Urteilen des Verfassungsgerichts zu tun, die das Handeln des Landtags und der Landesregierung zur Zeit der rot-grünen Minderheitsregierung betrafen, zu denen ich gesagt habe – und das hat nichts damit zu tun, dass deswegen eine Klage nicht rechtmäßig gewesen wäre oder das Gericht falsch entschieden hätte; das ist Unsinn –: Das Ergebnis war, dass es den Haushalt sozusagen nicht belastet hat.

Demgegenüber habe ich es zum Beispiel alleine in dieser Zeit mit zwei Verfassungsgerichtsurteilen zu tun – Einheitslastenabrechnungsgesetz, KiföG –, die mich dreistellige Millionenbeträge kosten. Haben Sie das damals nach dem Motto gemacht: „Gucken wir mal, was dabei herauskommt!“? Oder bin ich so vorgegangen, dass ich gesagt habe, Sie hätten das alles von vornherein mutwillig gemacht?

Wir können das weitertreiben und könnten sagen: Wie werden eigentlich im Moment Sprüche des Bundesverfassungsgerichts kommentiert, wenn es sich beispielsweise um gleichgeschlechtliche Partnerschaften handelt? – Da gibt es die Aussage, das sei ein Irrweg der Verfassungsrichter. Das kommt aus dem Mund von CDU und CSU. Von daher verbitte ich mir schlicht und ergreifend, so zu tun, als seien Sie diejenigen, die zu Verfassungsgerichtsurteilen noch nie etwas gesagt hätten, während die anderen leichtfertig damit umgingen.

Stefan Zimkeit (SPD): Ich möchte in aller Kürze noch etwas zum Thema Verfassungstreue sagen. Ich bitte darum – das haben wir vorher auch nicht getan –, gegenüber der Regierungskoalition jetzt nicht den Vorwurf zu erheben, wir wären sehenden Auges in einen Verfassungsbruch hineingegangen. Das ist schlicht und einfach falsch. Wenn man bei der Verhandlung war – wie Sie auch, Herr Optendrenk –, ist aus dem Ablauf sehr deutlich geworden, dass sich die Verfassungsrichter mit der Bewertung der Frage sehr schwer getan haben. Nachher waren sich eigentlich alle Beobachter einig, dass das ein schwerer Abwägungsprozess für das Verfassungsgericht ist und dass nicht klar ist, wie das Urteil ausgeht.

Wenn die FDP das schon vorher gewusst hat, wie man die Aussagen Herrn Wedels gerade interpretieren könnte, dann stellt sich mir die Frage, warum sie sich denn der Klage nicht angeschlossen hat. Sie hat augenscheinlich eine andere Bewertung gehabt und ist davon ausgegangen, dass der Abwägungsprozess verfassungstreu stattgefunden hat.

Wir erkennen selbstverständlich das Urteil an und haben keine Zweifel an diesem Urteil. Wir weisen aber den Vorwurf, wir hätten bewusst Verfassungsbruch begangen, in aller Deutlichkeit zurück. Wir waren der festen Auffassung, dass wir die Störungslage ausreichend begründet haben, und waren uns deswegen sicher, dass dieser Haushalt auch verfassungsgemäß ist. Das war ein Irrglaube, wie sich im Nachhinein herausstellt. Aber auch die FDP war ja augenscheinlich der Meinung, dass man diese Auffassung vertreten kann.

. - . - . - . - . - .

Nach Abwicklung der Wortmeldungen beantragt **Dietmar Schulz (PIRATEN)** eine **zehnminütige Sitzungspause**. – Nach Gegenrede von **Ralf Witzel (FDP)** wird der **Antrag** wird vom **Ausschuss** mehrheitlich **abgelehnt**.

Abstimmungen über die Änderungsanträge

(Alle in der heutigen Sitzung gestellten Änderungsanträge mit Begründung sowie die Abstimmungsergebnisse sind dem Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/2300 zu entnehmen. In diesem Protokoll sind nur die darüber hinausgehenden Wortbeiträge wiedergegeben.)

Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung

Zu: Kapitel 20 650 Titel 575 10

Anträge von SPD und Grünen sowie von der FDP
(siehe Drucksache 16/2300, Seite 158)

Nach Zusammenfassung dieser auf eine Reduzierung des Ansatzes für Zinsen um 74 Millionen € gerichteten Anträge erklärt **Dr. Marcus Optendrenk (CDU)**, dem Antrag ebenfalls beitreten zu wollen.

Angesichts der Enthaltung der Piratenfraktion zu diesem gemeinsamen Antrag der vier anderen Fraktionen gibt **Dietmar Schulz (PIRATEN)** folgende Erklärung ab: Es gebe zahlreiche Anträge, die seine Fraktion in der Kürze der Zeit noch nicht habe seriös prüfen können. Ohne eine solche Prüfung möchte seine Fraktion nicht ablehnen, aber auch nicht zustimmen. Mit der sich daraus ergebenden Enthaltung werde keine politische Aussage getätigt.

Haushaltsgesetz

Zu: § 15 Abs. 3 (neu)

Antrag von SPD und Grünen
(siehe Drucksache 16/2300, Seite 160)

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) hat Äußerungen des Kollegen Börschel im Kopf, was mit diesem Antrag erreicht werden solle. Die CDU-Fraktion habe jedoch ernsthafte Zweifel, ob das mit dem Wirtschaftlichkeitsgebot, das nach dem Urteil des Verfassungsgerichtes von 2003 Verfassungsrang habe, vereinbar sei. Denn es sei ja durchaus vorstellbar, dass Grundstücksveräußerungen dann nicht so getätigt würden, wie es am wirtschaftlichsten sei, sondern so, wie es vielleicht städtebaulich als besonders sinnvoll angesehen werde. Auch wenn das politisch so gewollt sei, hätte er gerne von der Landesregierung eine Auskunft, ob das verfassungsrechtlich zulässig sei.

Eine abgestimmte Auffassung der Landesregierung gebe es dazu nicht, antwortet **MR Peter Landwehr (FM)**. Aussagen dieser Art müssten im interministeriellen Ausschuss für Verfassungsklage geklärt werden.

Seine persönliche Auffassung sei: Das Wirtschaftlichkeitsgebot, das in der Landeshaushaltsordnung festgeschrieben sei und vom Verfassungsgerichtshof in den Rang einer Verfassungsnorm erhoben worden sei, konkurriere hier mit vielen Verfassungsgütern, unter anderem auch mit dem sogenannten Primat der Politik. Danach seien nicht jedes politische Handeln und nicht alle politischen Zielsetzungen ausschließlich an dem Wirtschaftlichkeitsgebot zu messen. Das gelte zum Beispiel für verlorene Zuschüsse, die in der Regel unwirtschaftlich seien, bei denen im Zweifel aber politische Zielsetzungen im Vordergrund stünden.

Insofern müsse ein Verkauf von Grundstücken nach dem neuen § 15 Abs. 3 – der im Übrigen weiterhin wirtschaftlich sein könne; das sei durch die Formulierung nicht ausgeschlossen – durchaus nicht gegen die Verfassung verstoßen.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) dankt für diese Einschätzung. Seine Fraktion hätte ein besseres Gefühl, wenn hierzu eine abgestimmte Meinung der Landesregierung schriftlich vorgelegt werden könne. – Dies wird vom **Finanzministerium** zugesagt.

Zu: § 28 Abs. 3 Satz 3 Buchstabe g

Antrag von SPD und Grünen
(siehe Drucksache 16/2300, Seite 162)

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) und **Dietmar Schulz (PIRATEN)** erklären, diesem Antrag, der durch Anfügung des Wortes „Breitbandversorgung“ schnellere Internetverbindungen ermöglichen soll, beitreten zu wollen.

Einzelplan 02: Ministerpräsidentin

Zu: Kapitel 02 070 Titel 637 10

Antrag von SPD und Grünen
(siehe Drucksache 16/2300, Seite 16)

Ralf Witzel (FDP) ist die Begründung „Notwendige Haushaltsmittel für das Projekt/Konzept 'Einbindung der regional bedeutsamen ehemaligen Bergbauflächen in den neuen Regionalplan des Regionalverbands Ruhr (RVR)'“, nicht klar. Er wüsste gern, ob es sich hierbei um Mehrausgaben für den Landeshaushalt handle oder ob etwas von einer anderen Position umgebucht werde.

Martin Börschel (SPD) verweist auf das Gesamtdeckungsprinzip. Der Antrag spreche für sich.

Einzelplan 03: Ministerium für Inneres und Kommunales**Zu: Kapitel 03 010 Titel 427 01**

Antrag von SPD und Grünen
(siehe Drucksache 16/2300, Seite 20)

Dirk Wedel (FDP) findet den Antrag irritierend, weil er sich auf den Verfassungsschutz beziehe. Es gebe doch wohl gute Gründe, Verfassungsschutzangelegenheiten nur im Parlamentarischen Kontrollgremium zu erörtern. Dass diese Einzelposition in die öffentlichen Ausschussberatungen gezogen werde, sei ihm unverständlich.

Vorsitzender Christian Möbius macht darauf aufmerksam, dass es sich hier nicht um die Titelgruppe des Verfassungsschutzes, sondern die des Ministeriums handele.

Verena Schäffer (GRÜNE) macht deutlich, die Personalstellen, die der Verfassungsschutz zur Verfügung habe, seien bekannt; sie seien auch in den jährlichen Verfassungsschutzberichten enthalten. Insofern sehe sie nicht, dass ein solcher Antrag der Geheimhaltungspflicht unterliege. Vielmehr habe das Parlament über Einstellungsermächtigungen zu entscheiden. Von daher könne dieser Punkt sehr wohl im Ausschuss und im Plenum behandelt werden.

Zu: Kapitel 03 030 Titel 547 10

Antrag von SPD, Grünen und Piraten
(siehe Drucksache 16/2300, Seite 23)

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) weist ausdrücklich auf den neuen Haushaltsvermerk hin, wonach die zusätzlichen Mittel für die Betreuung von Bewohnern der Zentralen Unterbringungseinrichtungen, soweit sie nicht ausgeschöpft würden, nicht zur Bewirtschaftung der einzelplanbezogenen globalen Minderausgaben herangezogen werden dürfen. Es handele sich um Pflichtausgaben; soweit sie aber nicht anfielen, seien sie nach Meinung der Koalitionsfraktionen auch einzusparen.

Zu: Kapitel 03 030 Titel 633 41

Antrag von SPD und Grünen
(siehe Drucksache 16/2300, Seite 27)

Dietmar Schulz (PIRATEN) bemerkt, seine Fraktion habe ein Problem mit der Begründung, die auf Titel 547 10 verweise. Dort werde jedoch ein Mehraufkommen aufgrund einer steigenden Zahl von Asylbewerbern und Flüchtlingen dokumentiert. Dass mit derselben Begründung die Kostenpauschale nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz abgesenkt werden solle, erscheine widersprüchlich.

Heike Gebhard (SPD) erläutert, hier handele es sich um eine unspezifizierte Stelle. Die spezifizierten Ansätze, die sich auf die Betreuung von Asylbewerbern und Flüchtlingen bezögen, seien deutlich heraufgesetzt worden, sodass das, was den Kommunen wichtig sei, darüber abgedeckt werde. Von daher hätten die Koalitionsfraktionen gemeint, die Kostenpauschale absenken zu können, ohne Nachteile befürchten zu müssen.

Dietmar Schulz (PIRATEN) hält das für nachvollziehbar und erklärt für seine Fraktion, sich diesem Antrag ebenfalls anschließen zu wollen.

Zu: Kapitel 03 030 Titel 684 20

Antrag von SPD und Grünen

(siehe Drucksache 16/2300, Seite 32)

Auch diesem Antrag würde sich seine Fraktion gerne anschließen, erklärt **Robert Stein (PIRATEN)**.

Einzelplan 04: Justizministerium

Zu: Kapitel 04 410 Titel 514 10

Antrag der FDP

(siehe Drucksache 16/2300, Seite 44 ff.)

Dietmar Schulz (PIRATEN) bemerkt, mit diesem Antrag solle ermöglicht werden, Futter- und Arzneimittel für weitere Drogenspürhunde anzuschaffen. Über den Erwerb dieser Drogenspürhunde werde allerdings erst im folgenden Antrag entschieden. Insofern passe doch wohl die Reihenfolge nicht. Wenn dieser Antrag angenommen, der folgende Antrag jedoch abgelehnt werde, lege das Land für 12.000 € einen Futter- und Arzneimittelvorrat für Tiere an, die gar nicht da seien.

(Heiterkeit)

Ralf Witzel (FDP) erwidert, wenn diesen Anträgen ein solches Schicksal beschieden sein sollte, freue sich der Finanzminister über die ersten 12.000 €, die er für die globale Minderausgabe einnehmen könne. Ein Haushaltsansatz sei ja die Berechtigung, aber nicht die Verpflichtung, Geld auszugeben. – Man stelle sich einmal das Umgekehrte vor: dass nämlich Tiere angeschafft würden, ohne für Futtermittel gesorgt zu haben. Dann hätte man doch sofort eine Anzeige wegen Tierquälerei am Hals.

(Heiterkeit)

Zu: Kapitel 04 410 Titel 514 20

Antrag der FDP

(siehe Drucksache 16/2300, Seite 46 ff.)

Dietmar Schulz (PIRATEN) fragt, ob der Erwerb weiterer Drogenspürhunde nicht auch die Einstellung einer entsprechenden Zahl von Hundeführern nach sich ziehen müsste.

Dirk Wedel (FDP) verweist auf das gestrige Expertengespräch im Justizausschuss. Es sollten immer nur vier Drogenspürhunde gleichzeitig ausgebildet werden.

Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung**Zu: Kapitel 05 300 Titel 527 30**

Antrag von SPD und Grünen

(siehe Drucksache 16/2300, Seite 54 ff.)

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) möchte gerne die Berechnungsgrundlage für die Erhöhung der Reisekostenvergütung erfahren.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) räumt ein, dass man die erforderliche Summe noch nicht genau kenne. Ministerin Löhrmann habe im Schulausschuss vorgetragen, sie gehe davon aus, dass insgesamt etwa 13,5 Millionen € benötigt würden. Deshalb hätten die Koalitionsfraktionen eine Erhöhung um rund 7,5 Millionen € auf 13,5 Millionen € beantragt. Damit solle erreicht werden, dass nicht nur die bereits genehmigten, sondern auch die geplanten, aber noch nicht angemeldeten Klassenfahrten durchgeführt werden könnten.

Einzelplan 07: Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport**Zu: Kapitel 07 040 Titel 633 10**

Anträge von SPD und Grünen sowie von der FDP

(siehe Drucksache 16/2300, Seite 72)

Nach Erklärungen von **Dr. Marcus Optendrenk (CDU)** und **Dietmar Schulz (PIRATEN)**, diesem Antrag beitreten zu wollen, wird vereinbart, ihn als gemeinsamen Antrag aller fünf Fraktionen einzubringen.

Zu: Kapitel 07 050 Titel 686 74

Antrag von SPD und Grünen
(siehe Drucksache 16/2300, Seite 83)

Robert Stein (PIRATEN) ist aufgefallen, dass die Koalitionsfraktionen im Kulturbereich einige Erhöhungsanträge ohne Begründung gestellt hätten. Er wüsste gern, warum es hier gerade dieser Betrag sei.

„Wir möchten, dass alle diese Bereiche entsprechend besser ausgestattet werden“, antwortet **Martin Börschel (SPD)**.

Zu: Kapitel 07 040 Titel 684 22

Antrag von SPD und Grünen
(siehe Drucksache 16/2300, Seite 85)

Ralf Witzel (FDP) fragt, was der Hintergrund dafür sei, in den Erläuterungen zu betonen, dass die Mittel bereits im Haushaltsjahr 2013 abgerufen werden könnten.

Nach Angaben von **Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)** ist das eine Klarstellung im Hinblick darauf, dass sich die Mittel dieses Ansatzes auch auf die mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus beziehen sollten.

Zu: Kapitel 07 070 Titel 684 80

Antrag von SPD und Grünen
(siehe Drucksache 16/2300, Seite 86)

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) weist darauf hin, dass das jüdische Museum Dorsten nur eine der zu unterstützenden Einrichtungen sei, sodass in die Begründung die Worte „unter anderem“ eingefügt werden müssten.

Einzelplan 09: Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr**Zu: Kapitel 09 150 Titel 777 11**

Antrag von SPD und Grünen
(siehe Drucksache 16/2300, Seite 88)

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) stellt klar, seine Fraktion stimme gegen diesen Antrag, weil sie selbst zur zweiten Lesung beantragt habe, die Mittel für die Erhaltungs-

investitionen an Landesstraßen deutlich mehr zu erhöhen. Sie kritisiere also nicht das Ob der Erhöhung, sondern den zu geringen Umfang.

Zu: Kapitel 09 500 Titel 883 11

Antrag von SPD und Grünen

(siehe Drucksache 16/2300, Seite 92)

Auf Frage von **Ralf Witzel (FDP)**, ob mit diesem Antrag sichergestellt werden solle, dass Bundesmittel abgerufen werden könnten, bestätigt **Martin Börschel (SPD)**, falls der Bund beabsichtigen sollte, die Mittel entsprechend zu erhöhen, stelle das Land damit die Komplementärmittel sicher.

Einzelplan 10: Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Verbraucherschutz

Vor Aufruf der Änderungsanträge spricht **Ralf Witzel (FDP)** die vom MKUNLV übermittelte **Vorlage 16/731** an. Darin habe Minister Remmel einige Erläuterungen zum KlimaschutzStartProgramm gegeben, die in der letzten HFA-Sitzung von ihm, Witzel, gestellten Fragen (siehe APr 16/178, Seite 41 ff.) aber nicht beantwortet.

Wenn im HFA gefragt werde, ob ein solches Maßnahmenprogramm der Landesregierung haushaltswirksam sein könne, und wenn ja, in welchen Titeln sich das in welcher Größenordnung widerspiegele, sei seine Erwartung, mehr Einzelheiten zu den finanziellen Aspekten mitgeteilt zu bekommen. Er bitte deshalb den BdH, das heute näher zu erläutern.

LMR Achim Kaschny (MKULNV) stellt klar, dass er bereits in der letzten Sitzung nicht von Mehraufwendungen, sondern nur von Aufwendungen gesprochen habe, die ohnehin an verschiedenen Stellen für Veranstaltungen etatisiert seien. Die Mittel sollten nicht erhöht werden, weil man davon ausgehe, dass das, was zur Erreichung des Zieles notwendig sei, aus den vorhandenen Mitteln finanziert werden könne.

Ralf Witzel (FDP) präzisiert, er habe mit seinen Fragestellungen nicht gemeint, dass zusätzliche Haushaltsmittel benötigt würden, sondern dass dann, wenn bestimmte Aspekte von Klimaneutralität aus den vorhandenen Titeln zu bezahlen seien, für diese Ausgabeform Aufwendungen entstünden, die ohne diese Zielsetzung nicht entstehen würden. Von daher kritisiere er, dass in der Vorlage nicht versucht worden sei, eine Quantifizierung vorzunehmen. Wenn die Landesregierung einen solchen politischen Schwerpunkt setzen wolle, müsse sie doch zumindest eine Vorstellung haben, was dafür annähernd aufgewendet werden müsse.

Herr Kaschny habe in der letzten Sitzung davon gesprochen, dass an verschiedensten Stellen Titel betroffen seien. Er bitte ihn, das etwas einzugrenzen.

Ina Scharrenbach (CDU) bemerkt, bereits bei der Erörterung dieses Themas in der letzten Ausschusssitzung habe sie sich gefragt, was es das Land Nordrhein-Westfalen koste, eine Minute Redezeit im HFA klimaneutral zu stellen.

LMR Achim Kaschny (MKULNV) legt dar, in der Vorlage 16/731 werde darauf hingewiesen, dass das Ministerium einen Leitfaden erstellen werde, der die Kriterien zur klimaneutralen Durchführung von Veranstaltungen enthalten und eine kompakte Arbeitshilfe sein solle. Weil dieser Leitfaden erst entwickelt werde, könne er noch nicht sagen, an welchen Stellen finanzwirksame Maßnahmen erforderlich würden. Wenn sie erforderlich würden, verfüge man in den jeweiligen Titeln für Veranstaltungen über entsprechende Haushaltsmittel. Selbstverständlich seien diese Maßnahmen nicht völlig finanzneutral; dass heiße aber nicht, dass Mehraufwendungen anfielen.

Ralf Witzel (FDP) möchte das verstehen und fragt nach, wie die neue Anforderung, Veranstaltungen klimaneutral durchzuführen und, wenn das nicht geschehe, für die Aufwendungen einzutreten, praktisch umgesetzt werden solle. Wenn etwa bei einer Präsentation ein Beamer eingesetzt werde oder bei einem Sommerfest Würstchen gegrillt würden, sei doch die Frage, was nachher zu kompensieren sei und was dafür haushaltstechnisch bereitgestellt werden müsse.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) meint, aus seiner Sicht handele es sich hier doch wohl um Fachfragen, die eher in die Zuständigkeit des Fachausschusses gehörten.

Zu: Kapitel 10 010 Titel 518 01

Antrag von SPD und Grünen

(siehe Drucksache 16/2300, Seite 93)

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) bringt seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass das Ressort jetzt eine Verpflichtungsermächtigung für „dringend benötigte Räumlichkeiten“ geltend mache und dies zum Zeitpunkt der Erstellung des Haushaltsentwurfs noch nicht absehbar gewesen sei. Er wüsste gerne, ob das die Kosten für einen etwaigen Umzug einer Abteilung ins Vodafone-Hochhaus seien oder was sonst dahinter stecke, und würde auch gerne hören, warum das Ressort dies ursprünglich nicht angemeldet habe.

LMR Achim Kaschny (MKULNV) entgegnet, das Ressort habe dies angemeldet, und im Haushaltsentwurf 2013 sei bereits ein entsprechender Baransatz ausgebracht. Vor zwei Jahren habe das Ressort eine Gruppe aus dem Wirtschaftsministerium übernommen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien auf sechs Etagen verteilt worden, was auf Dauer eine vernünftige Arbeit nicht zulasse. Nun sei zufällig neben dem Ministerium ein Gebäude frei geworden – das alte LEG-Gebäude –, das zu günstigen Konditionen angemietet werden könne. Dafür sei ein Baransatz beantragt und vom Kabinett auch genehmigt worden.

Allerdings sei seinerzeit noch keine Verpflichtungsermächtigung beantragt worden, weil man zu dem Zeitpunkt die Vertragskonditionen noch nicht gekannt habe. Inzwischen stünden diese fest. Deshalb werde in Ergänzung zum bereits ausgebrachten Baransatz diese Verpflichtungsermächtigung beantragt.

Robert Stein (PIRATEN) fragt, ob er es richtig verstanden habe, dass mehr oder weniger aus Bequemlichkeitsgründen ein zufällig leerstehendes Gebäude angemietet werden solle.

Das sei ein Missverständnis, stellt **LMR Achim Kaschny (MKULNV)** klar. Das Stammhaus sei mittlerweile vollgepflegt; es seien Doppelbelegungen vorgenommen und Sitzungsräume zu Büroräumen umfunktioniert worden, sodass kein Raum mehr für irgendwelche Besprechungen zur Verfügung stehe. Jetzt habe sich die Möglichkeit geboten, den Umzug, der längst geplant gewesen sei, in ein Gebäude in unmittelbarer Nähe vorzunehmen, was erhebliche Synergieeffekte mit sich bringe.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) erinnert daran, dass die Erweiterung des Ministeriums bereits 2010 erfolgt sei, und wüsste gerne, ob der BLB nicht schon damals Möglichkeiten geprüft habe, das Ministerium etwa durch Wahrnehmung eines Sonderkündigungsrechtes oder frühzeitige Ausübung von Kündigungsrechten anders unterzubringen und so die Situation des Eingepflichtseins nicht entstehen zu lassen oder zu erleichtern.

LMR Achim Kaschny (MKULNV) legt dar, das MKULNV sei zu günstigen Mietkonditionen in einem Gebäude untergebracht, das nicht dem BLB gehöre, sondern eine Fremdanmietung darstelle. Der Mietvertrag laufe noch achteinhalb Jahre; es wäre ausgesprochen unwirtschaftlich gewesen, dort auszuziehen.

Selbstverständlich habe man beim BLB nachgefragt, ob es innerhalb seiner Räumlichkeiten geeignete Unterbringungsmöglichkeiten gebe. Das Finanzministerium werde sicherlich bestätigen, dass das Ergebnis gewesen sei, dass es solche Räumlichkeiten nicht gebe.

Zu: Kapitel 10 020 Titel 685 62

Antrag von SPD und Grünen
(siehe Drucksache 16/2300, Seite 97)

Martin Börschel (SPD) stellt klar, der Antrag unterscheide sich von dem soeben abgelehnten Antrag der FDP-Fraktion zu demselben Titel nicht nur hinsichtlich der Höhe der Aufstockung, sondern auch durch das dahinter stehende System. Beim Antrag von SPD und Grünen bleibe der vorgesehene Ausschluss der Rennvereine aus dem Kreis der Destinatäre bestehen. Die Rennvereine erhielten allerdings einen einmaligen Baransatz zulasten des Landeshaushaltes.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) macht deutlich, die CDU-Fraktion habe den FDP-Antrag hierzu abgelehnt, weil sie der Meinung sei, dass die übrigen Destinatäre keine Kürzungen erleiden sollten.

Dem Antrag von SPD und Grünen werde die CDU-Fraktion im Hinblick auf die Sache zustimmen. Er gebe aber zu Protokoll, dass die CDU die Einmaligkeit der Ausbringung eines solchen Baransatzes für falsch halte. Vielmehr müsse es ein Konzept geben, wie die Arbeit in vernünftiger Weise weitergeführt werden könne. Die Rennvereine hätten nicht nur im Jahr 2013 Maßnahmen zu finanzieren, sondern seien langfristige Kreditverpflichtungen aufgrund von größeren Investitionen eingegangen. Sie hätten also im Jahr 2014 wieder dasselbe Problem, sodass der Landtag damit wieder konfrontiert sein werde.

Zu: Kapitel 10 400 Titel 633 63

Antrag von SPD und Grünen
(siehe Drucksache 16/2300, Seite 101)

Angesichts der vorgesehenen drastischen Reduzierung des Baransatzes möchte **Ralf Witzel (FDP)** wissen, was hier entfalle bzw. warum in diesem Ansatz so viel Luft gewesen sei.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) erläutert, der Ansatz sei von den Kommunen bislang nicht in dem Maße ausgeschöpft worden. Die Koalition wolle durch die Verlagerung sicherstellen, dass das, was schon die schwarz-gelbe Landesregierung in der 14. Wahlperiode versprochen habe, nämlich die Verstärkung der Lebensmittelkontrollen, tatsächlich erfolge. Aus den Mitteln sollten vorübergehend Aushilfen finanziert werden; die Aufgabe solle aber selbstverständlich auf Dauer angelegt werden.

Einzelplan 11: Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales

Zu: Kapitel 11 032 Titelgruppe 60

Antrag von SPD und Grünen
(siehe Drucksache 16/2300, Seite 106)

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) fragt, welches in dem zusätzlichen Haushaltsvermerk erwähnte „Programm zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ denn mit mindestens 600.000 € bezuschusst werden solle. Bis auf Schlagworte werde dazu im Antrag nichts ausgeführt.

Das sei bei neuen Programmen kein seltener Umstand, meint **Martin Börschel (SPD)**. Der Antrag müsse mit dem folgenden Antrag zu den Titelgruppen 60 und 61 im Zusammenhang gesehen werden. Die Koalition wolle erreichen, dass es hier ei-

nen neuen Schwerpunkt gebe. Dieser solle im Jahr 2013 entwickelt werden mit dem Ziel, dass es zu weiteren Zuflüssen und Kofinanzierungen komme.

Zu: Kapitel 11 041 Titel 686 80

Antrag von SPD und Grünen
(siehe Drucksache 16/2300, Seite 115)

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) möchte wissen, ob das Thema „Gebärdendolmetscher“, zu dem die CDU-Fraktion bereits einen Antrag gestellt habe, in diese Maßnahmen zur Förderung der Inklusion einbezogen sei.

Günter Garbrecht (SPD) erläutert, zu dem Punkt gebe es eine Vereinbarung im zuständigen Fachausschuss. Man werde Mitte des Jahres dazu ein Gutachten erhalten und dann über weitere Maßnahmen entscheiden.

Einzelplan 12: Finanzministerium

Zu: Kapitel 12 700: BLB NRW/Abbau der Arbeitnehmerüberlassung

Antrag von SPD und Grünen
(siehe Drucksache 16/2300, Seite 124)

Über den Abbau dieser kw-Vermerke und die etwaige Schaffung zusätzlicher Personalstellen insbesondere im kaufmännischen Bereich sei bereits gesprochen worden, bemerkt **Dr. Marcus Optendrenk (CDU)**. Aus Sicht der CDU-Fraktion sollte hier aber auch darüber nachgedacht werden, ob Personal aus der Portigon AG herübergeholt werden könne.

Vielleicht könne man gemeinsam die Landesregierung auffordern, hier gegebenenfalls eine Paketlösung vorzunehmen. Die CDU-Fraktion habe nichts gegen die vorgeschlagene Maßnahme, würde es aber begrüßen, wenn man im Sinne einer pragmatischen Herangehensweise versuchen würde, das erkennbare Problem beim BLB im Zusammenhang mit einem erkennbaren Problem bei der Portigon AG zu lösen. Wenn man das hier zurückstelle, könne man das gerne auch zur dritten Lesung im Plenum gemeinsam machen.

Stefan Zimkeit (SPD) entgegnet, seines Erachtens würden hier Dinge verwechselt. Hier gehe es um Personen, die auf Leiharbeitsbasis beim BLB bereits bestimmte Aufgaben wahrnahmen, wobei es sich in der Regel nicht um kaufmännische, sondern um Ingenieurs- und ähnliche Tätigkeiten handele. Es sei langfristig auch kostengünstiger, diese Kräfte direkt zu beschäftigen. Darüber sollte jetzt so abgestimmt werden. Positiv finde er, dass die CDU-Fraktion offenbar einsehe, dass in ihrer Regierungszeit im dem Bereich Fehler gemacht worden seien.

Bei anderer Gelegenheit könne man gerne gemeinsam darüber nachdenken, wie die bei Portigon Beschäftigten auf Landesebene sinnvoll eingesetzt werden könnten.

Weil die Intention des Antrags den Grundsätzen der Piratenpartei entspreche, erklärt **Dietmar Schulz (PIRATEN)**, dem Antrag gerne beitreten zu wollen.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) fragt nach, ob das Personal, um das es bei diesem Antrag gehe, schon dauerhaft oder noch befristet beschäftigt sei. Wenn es befristet beim BLB sei, stelle sich die Frage, ob man durch Gesamtumschichtungen nicht einerseits das Ziel erreichen könne, das die Antragsteller erreichen wollten, und gleichzeitig dort, wo Fluktuation herrsche, in den anderen Bereich eingestiegen werden könne. Denn bei einem Betrieb wie dem BLB, der nach kaufmännischen Grundsätzen geführt werde, sei das vermutlich konzeptionell etwas anders, als es im Antrag dargestellt sei.

Das Problem ist nach Angaben von **Stefan Zimkeit (SPD)**, dass das Personal für dauerhafte Aufgaben befristet beschäftigt sei. Deshalb müsse das geändert werden.

Einzelplan 14: Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

Zu: Kapitel 14 750 Titel 683 20

Anträge von der FDP sowie von SPD und Grünen
(siehe Drucksache 16/2300, Seiten 140 und 141)

Da die Koalitionsfraktionen hier faktisch dem Antrag der CDU-Fraktion beigetreten seien, erklärt **Dr. Marcus Optendrenk (CDU)**, diesem Antrag von SPD und Grünen gerne beitreten zu wollen.

Dem Antrag der FDP wäre die CDU natürlich auch gerne beigetreten. Dann ergäbe sich aber schon absehbar wieder eine überplanmäßige Ausgabe, sodass sich die Frage stelle, ob die FDP nicht lieber auch dem Antrag der Koalitionsfraktionen beitrete.

„Unser Antrag spart noch ein paar Euro mehr ein“, entgegnet **Ralf Witzel (FDP)**.

Schlussabstimmungen

Mit den Stimmen aller Fraktionen **fasst** der Ausschuss den auf Seite 4 des Ausschussberichts Drucksache 16/2300 wiedergegebenen **Bereinigungsbeschluss**.

Auf die Frage des **Vorsitzenden Christian Möbius**, was sich bei den Schlusssummen verändere, erläutert **RD Inge Schlupp (FM)**, durch die heute angenommenen Änderungsanträge ergebe sich eine Haushaltsverbesserung von 107.828.000 €. Aufgrund einer Einnahmeverbesserung von 105.800 € mindere sich das Haushaltsvolumen aber lediglich um 107.722.200 €, und zwar von 60.026.575.000 € laut dem Haushaltsentwurf auf jetzt 59.918.852.800 €.

Sie schlage vor, den Ansatz für Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen Kreditmarkt um glatt 108 Millionen € zu verringern, nämlich von bisher 3.637 Millionen € auf 3.529 Millionen €. Um den Ausgleich zu erreichen, sei es dann erforderlich, den Ansatz bei Kapitel 20 020 Titel 371 10 von bisher 376.700 € um 172.000 € auf 548.700 € heraufzusetzen.

Da der Ausschuss heute zusätzlichen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 50.161.000 € zugestimmt habe, sei die Summe der Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt 2013 von 3.826.233.300 € auf 3.876.394.300 € zu erhöhen.

Vorsitzender Christian Möbius geht davon aus, dass die Koalitionsfraktionen dies beantragten – was **Martin Börschel (SPD)** bestätigt –, und schlägt vor, über die entsprechende Beantragung durch die Koalitionsfraktionen zusammenfassend abzustimmen.

Der **Schlusssummenantrag** (*siehe auch Ausschussbericht Drucksache 16/2300, Seite 163*) wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion **angenommen**.

Der HFA **empfiehlt** dem Landtag in der **Gesamtabstimmung** mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten, den **Haushaltsgesetzesentwurf** und den Haushaltsplan **Drucksache 16/1400** in der Fassung der zuvor angenommenen Änderungsanträge **anzunehmen**.

Vorsitzender Christian Möbius dankt abschließend besonders herzlich der Ausschussassistentin, Herrn Schlichting und Frau Hagelstein, die durch ihre sehr guten Vorbereitungen ermöglicht hätten, die Haushaltsberatungen in der gebotenen Zeit zum Abschluss zu bringen.

(Beifall)

Dietmar Schulz (PIRATEN) beantragt eine **15-minütige Sitzungspause**. – Demgegenüber schlägt **Martin Börschel (SPD)** vor, die Sitzung nur **kurz zu unterbrechen**, diese Zeit aber dafür zu nutzen, um unter den Obleuten zu regeln, wie der Ausschuss mit dem Rest der Tagesordnung umgehe. – Letzteres **beschließt der Ausschuss** mehrheitlich.

(Kurze Sitzungsunterbrechung)

Vorsitzender Christian Möbius informiert den Ausschuss anschließend über die zwischen den Obleuten erzielte Verständigung zur **Behandlung der weiteren Tagesordnungspunkte**:

Die **Tagesordnungspunkte**

8 Effizienzteam

10 „Gutachten des Finanzministeriums veröffentlichen. Jetzt.“

11 Vorgehensweise der Finanzverwaltung bei Hausbesuchen von Steuerprüfern und Steuerfahndern

12 Aktueller Stand der Auswertung der Steuer-CDs

sollten auf die April-Sitzung **verschoben** werden.

Die **Tagesordnungspunkte 7 und 13** würden zum Schluss der heutigen Sitzung **zusammen aufgerufen**.

Im vertraulichen Teil könne **Tagesordnungspunkt**

17 Zustimmung zur Veräußerung eines bebauten Grundstücks

entfallen, weil zu der dort aufgeführten vertraulichen Vorlage keine Fragen gestellt würden.

Damit ist der **Ausschuss** einverstanden.

